

Erziehung & Wissenschaft 12/2020 Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

> Diskriminierungskritische Bildungsarbeit

Vielfalt leben



Standards nötig

Diskriminierungskritische Bildung ist ein Querschnittsthema. Menschenrechtsbildung, Digitalisierung, Gesundheits- und Gewaltprävention, Sexualpädagogik, Schulentwicklung oder die Entwicklung von Spielen und Materialien sind ohne diese Arbeit nicht zu denken.

Unterschiedliche Ansätze und Konzepte beschäftigen sich mit der Arbeit gegen Diskriminierungen in Kita, Schule, Hochschule und im Rahmen der kulturellen und politischen Bildung oder der sozialen Arbeit. Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass Ansätze, die die Diversität zentrieren und dabei Differenz und Dominanz unbeachtet lassen, jedoch keine oder kaum Effekte für einen nachhaltigen Abbau von Diskriminierungen haben. Gleiches gilt für Ansätze, die vorrangig auf Bewusstsein und Sensibilisierung in (einmaligen) Fortbildungen abzielen.

Gleichzeitig kann Antidiskriminierungsarbeit nicht allein Schulen, Trägern der Kinder- und Jugendhilfe oder Hochschulen überantwortet werden. Seit Jahrzehnten haben insbesondere zivilgesellschaftliche Expertinnen und Experten Forderungen an die Politik gestellt, damit strukturelle und institutionelle Diskriminierungen bekämpft und angemessene Voraussetzungen geschaffen werden, um diese Arbeit (weiterhin) nachhaltig zu leisten.

Aktuell hat beispielsweise die Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen (BKMO) dem Kabinettsausschuss der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus eine Anti-Rassismus Agenda 2025 vorgelegt. Bildung ist Ländersache, dennoch lohnt sich ein Blick in das Papier: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung wird aufgefordert, sich den übergreifenden Fragen von Rassismus im Bildungssystem über den Aspekt von Bildungsgerechtigkeit hinaus zu stellen und entsprechende Fachleute zu beteiligen, zu beauftragen und zu konsultieren. Gesetzesänderungen und Änderungen von Verwaltungsvorschriften sollen bis 2025 erfolgt und entsprechende Impulse auch in die Länder gegeben worden sein.

Drei Beispiele

- Professionalisierung: Wir sprechen von Professionalisierung statt von Sensibilisierung. Diese setzt eine gemeinsame Arbeitsdefinition von Diskriminierungen auf Grundlage mindestens menschenrechtlicher Konventionen voraus. Entsprechend müssen die Standards für die Ausbildung von Lehrenden und Erziehenden in allen Phasen überarbeitet und Rahmenvereinbarungen für eine dauerhafte diskriminierungskritische Ausbildung getroffen werden.
- 2. Lebensbegleitendes Lernen: Eine pädagogisch-professionelle Transformationsarbeit, die durch externe Prozessbegleitung unterstützt wird, trägt nachhaltig dazu bei, diskriminierende Prozesse und Strukturen zu erschüttern sowie strukturelle und institutionelle Begünstigung von Diskriminierungen abzubauen und zu verhindern. Zusätzlich zu Stiftungen, die Schulen über Projekte wie "Vielfalt entfalten" eine solche Arbeit ermöglichen, müssen auch von staatlicher Seite (für alle Kitas und Schulen) entsprechende Ressourcen bereitgestellt werden.
- 3. Standards: Die Aufgabe der Entwicklung, Implementierung und Überprüfung von (messbaren) Standards gilt nicht nur für Schulen, Kitas oder Hochschulen und Verwaltungen, sondern es braucht ebenso entsprechende nationale Bildungsstandards durch die Kultusministerkonferenz. Eine diskriminierungskritische Organisationsentwicklung in der Schule oder der Kita hilft, den sozialen Wandel auch mithilfe von Standards umzusetzen.

Saraya Gomis,

Co-Vorsitzende des Each One Teach One (EOTO) e.V., eines Vereins, der sich für die Interessen Schwarzer, Afrikanischer und Afrodiasporischer Menschen in Deutschland und Europa einsetzt

www.eoto-archiv.de

Inhalt



Seite 2

Seite 3

Seite 4

Gastkommentar

Standards nötig

Impressum

Auf einen Blick

Prämie des Monats	Seite 5
Schwerpunkt: Diskriminierungskritische Bildungsarbeit 1. Porträt einer Leipziger Schule: Die Antidiskriminierungsbande 2. Sensibilisierung trotz rassistischer Schulbuchinhalte: "Weiße Sichtweisen" 3. Jugend- und Kulturzentrum in Unterfranken: Aschaffenburg is(s)t bunt 4. Kinderladen als Schutzraum gegen Rassismus: Einen sicheren Ort schaffen 5. Israelische Hochschulen nutzen die Vielfalt: Multikulturalität und Vorurteile	Seite 6 Seite 9 Seite 12 Seite 16 Seite 18
 Zum Mord an Samuel Paty 1. GEW-Kommentar von Marlis Tepe: Hass und Gewalt entgegentreten 2. Interview mit Odile Cordelier: "Wer Lehrkräfte angreift, attackiert die Republik" 	Seite 20 Seite 22
Schule 1. Private Wirtschaft drängt in Distanzunterricht: "Land der Stifter und Schenker" 2. GEW, Gesundheits- und Bildungsfachleute: Bildung im Zeichen der Pandemie 3. Deutscher Schulpreis: "Lernen ist in jedem Kind verankert"	Seite 24 Seite 30 Seite 34
GEW Intern Personalräte-Preis in Silber: Auszeichnung für ausgezeichnete Arbeit	Seite 25
Gesellschaftspolitik Prozess um die Buchreihe "Täterprofile" geht weiter: "Wir beherrschen Europa!"	Seite 26
Bildungspolitik 1. Ländervereinbarung der Kultusministerkonferenz: Schwarzer Tag für die Bildung 2. Bildungspolitisches Forum 2020 zur Sprachbildung: "Ein Jahr bringt gar nichts"	Seite 28 Seite 42
Jugendhilfe und Sozialarbeit Corona-KiTa-Studie: "Es läuft gut" – läuft es gut?	Seite 32
Initiative "Bildung. Weiter denken!" 1. Blick in die Bundesländer: Der lange Weg zu "JA13" 2. Gutachten zur Belastung von Grundschullehrkräften: "Hochgradig gefährdet"	Seite 36 Seite 38
fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit Patrick Niemann zur Arbeit in Chinas Spielzeugfabriken: Hauptsache billig?	Seite 40
Leserforum	Seite 44
Diesmal	Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft

Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 73. Jg.

Herausgeberin:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund Vorsitzende: Marlis Tepe Redaktionsleiter: Ulf Rödde Redaktion: Jürgen Amendt Redaktionsassistentin: Katia Wenzel Postanschrift der Redaktion: Reifenberger Straße 21 60489 Frankfurt am Main Telefon 069 78973-0 Fax 069 78973-202 katja.wenzel@gew.de www.gew.de facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft twitter.com/gew bund

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats.

Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich. Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der "Erziehung und Wissenschaft" auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Die E&W finden Sie als PDF auf der GEW-Website unter: www.gew.de/eundw. Hier wird die E&W auch archiviert.

Gestaltung: Werbeagentur Zimmermann GmbH Kurhessenstraße 14 60431 Frankfurt am Main

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexem-plare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH **Goldammerweg 16** 45134 Essen Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller Telefon 0201 84300-0 Fax 0201 472590 anzeigen@stamm.de www.erziehungundwissenschaft.de gültige Anzeigenpreisliste Nr. 41 vom 01.01.2019, Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH unter www.presse-monitor.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main



Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Aktuelle Infos Zur Corona Pandemie

Aufklären und Haltung zeigen!

Wie bringt man jungen Menschen das Thema Holocaust nahe? Um Antworten auf diese Frage geht es beim deutschisraelischen Gewerkschaftsseminar von Histadrut HaMorim und GEW vom 2. bis 6. August 2021. Im Zentrum des Seminars stehen die pädagogische Auseinandersetzung mit dem Holocaust und damit verbunden die Erziehung zur Toleranz. Das Programm lebt von der aktiven Mitarbeit. Es wird die Bereitschaft erwartet, eigene Beiträge aus der pädagogischen Praxis vorzubereiten.

Seit fünf Jahrzehnten organisieren die GEW und ihre israelische Partnergewerkschaft Histadrut HaMorim gemeinsam Seminare zum Umgang mit der Shoa im Unterricht und in der Jugendarbeit. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten die Möglichkeit, an der Studienreise und am Seminar 2023 in Israel mitzuwirken. Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.gew.de/deutsch-israelisches-seminar

Keine Einigung mit Berlitz

Die Tarifverhandlungen mit der Berlitz Deutschland GmbH über Entgelterhöhungen für die Beschäftigten endeten im November ohne Ergebnis. Der Arbeitgeber war zu keinen Zugeständnissen bereit. Er vertrat die Auffassung, dass in der derzeitigen wirtschaftlich schwierigen Situation keine Gehaltssteigerungen möglich seien. Auch den Vorschlag der GEW, im Gegenzug zu einer Nullrunde auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten, lehnte der Arbeitgeber ab. Die Tarifkommission der Bildungsgewerkschaft bewertete diese Haltung als inakzeptabel und sah keine andere Möglichkeit, als die Verhandlungen für gescheitert zu erklären. Wenn sich die wirtschaftliche Situation bei Berlitz gebessert hat, behält sich die Tarifkommission vor, den Arbeitgeber erneut zu Tarifverhandlungen aufzufordern. Die GEW hatte eine Gehaltssteigerung von 2,5 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten gefordert.

Die Berlitz Deutschland GmbH ist ein bundesweit agierendes Weiterbildungsunternehmen und, neben dem Goethe-Institut, die einzige tarifgebundene Sprachschule in Deutschland.

Einigung mit FRÖBEL

Die FRÖBEL-Beschäftigten können sich bald über insgesamt 3,2 Prozent mehr Gehalt und eine höhere Jahressonderzahlung freuen. Das sind die zentralen Ergebnisse des Tarifabschlusses zwischen dem deutschlandweit aktiven Kita-Träger und der GEW. Die Anpassungen im FRÖBEL-Haustarifvertrag orientieren sich an der aktuellen Einigung im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen (s. E&W 11/2020): Auch bei FRÖBEL wird die Gehaltserhöhung in zwei Stufen kommen. Zum 1. April 2021 zahlt der Träger zunächst 1,4 Prozent mehr Lohn, ein Jahr später wachsen die Gehälter noch einmal um 1,8 Prozent. Zudem wird die Jahressonderzahlung ab 2021 erhöht und dann jeweils in zwei Raten an die Beschäftigten ausgezahlt. Darüber hinaus erhalten erfahrene pädagogische Fachkräfte ab April kommenden Jahres monatlich 50 Euro mehr – zusätzlich zum prozentualen Gehaltsanstieg.

FRÖBEL ist mit 197 Krippen, Kindergärten und weiteren Einrichtungen sowie mehr als 4.200 Beschäftigten Deutschlands größter überregionaler Träger von Kindertageseinrichtungen.

Kreative Aktionen

Postkarten, Aufkleber, Plakate, Tafeln oder ein Brief an den Kultusminister: Die GEW-Kolleginnen und -Kollegen aus den Ländern haben während des "JA13"-Aktionszeitraums ihre Forderung nach einer besseren Bezahlung von Grundschullehrkräften sowie vielen Lehrerinnen und Lehrern in der Sekundarstufe I kreativ untermauert. In Niedersachsen zogen angestellte Lehrkräfte mit großen Tafeln, auf denen sie Landesregierung und Opposition an frühere Zusagen erinnerten, vor den Landtag. In Hessen verfassten die GEW-Aktiven einen offenen Brief an Kultusminister Ralf Alexander Lorz (CDU), in dem es unter anderem heißt: "Deshalb schreiben wir Ihnen heute, weil wir im Vergleich zu allen anderen Lehrkräften rechnerisch jedes Jahr ab dem 13. November bis zum Ende des Jahres ohne Vergütung weiterarbeiten müssen."

Mit einem Riesenball und vielen kleinen Wasserbällen wurde in Nordrhein-Westfalen auf die verfassungswidrige Besoldung aufmerksam gemacht. Der Landesverband Baden-Württemberg startete eine Postkartenaktion an Schulen. Die Postkarten sollen vor der Landtagswahl am 14. März 2021 an Landtagsabgeordnete übergeben werden. Die GEW Bayern entwarf Aufkleber und Plakate mit Slogans wie "Fit werden für Leben und Beruf – wir haben ein MITTEL:SCHULE" oder "Wenn aus kleinen Kindern kluge Große werden, hat das seinen GRUND:SCHULE" (s. S. 36 ff.).

GEW hilft

Überall auf der Welt engagiert sich der Heinrich-Rodenstein-Fonds (HRF) der GEW für Gewerkschaftsrechte und leistet humanitäre Hilfe für Menschen in Not. Dafür bittet die Bildungsgewerkschaft um Spenden. Mit diesen werden Kolleginnen und Kollegen unterstützt, die wegen ihres Engagements verfolgt werden. Besonders wichtig bleibt der Einsatz für geflüchtete Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus der Türkei. Der HRF unterstützt sie bei Asylverfahren in Deutschland unter anderem durch die Finanzierung von Rechtsanwälten. Den Kindern verstorbener Mitglieder der Bildungsgewerkschaft F-SYNTER im westafrikanischen Staat Burkina Faso ermöglicht der HRF den Schulbesuch.

Mehr Infos: www.gew.de/heinrich-rodenstein-fonds Spendenkonto:

Heinrich-Rodenstein-Fonds Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale IBAN: DE88 5005 0000 0084 0001 24 BIC: HELADEFF

Plaßmanns Rückblick

Und schon wieder ist ein Jahr (fast) vorbei. Karikaturist Thomas Plaßmann, dem die E&W zahlreiche wunderbare Zeichnungen verdankt (s. S. 28 f. und "Diesmal", S. 48), blickt in "Unterm Strich" humorvoll und pointiert auf das Jahr 2020 zurück. Thomas Plaßmann: Unterm Strich, Klartext-Verlag, Essen 2020, 128 Seiten



Mitmachen lohnt sich ...

... mit jedem neu geworbenen GEW-Mitglied können Sie andere aktiv unterstützen.*

Prämie des Monats Dezember:

30-Euro-Spende

Eine Spende in Höhe von 30 Euro für die GEW-Stiftung "fair childhood" oder den Heinrich-Rodenstein-Fonds für verfolgte Gewerkschafter*innen





Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen

Keine Lust auf unser Online-Formular?	ordern Sie den Prämie	nkatalog an!		
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de	Per Telefon: 0 69 / 7	89 73-211		
oder per Coupon:				
년 당 Vorname/Name		L GEW-Landesverband		
and the state of t				
Straße/Nr.		Telefon	Fax	
E PLZ/Ort		L F-Mail		

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

Die Antidiskrim

// Das Reclam-Gymnasium in Leipzig ist eine von rund 3.500 Schulen in Deutschland, die sich einem besonderen Netzwerk verschrieben haben: "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage". Dazu gehört nicht nur ein Aluschild an der Eingangstür. Nein, Menschen müssen diese Aufgabe täglich leben. //

Eine Woche nach dem rassistischen Attentat in Hanau, bei dem im Februar neun Menschen erschossen wurden, greifen sie am Anton-Philipp-Reclam-Gymnasium in Leipzig zur Kreide. In einer Hofpause schreiben Schülerinnen und Schüler in bunten Farben auf die grauen Pflastersteine, was ihnen am Herzen liegt. "Menschenrechte statt rechte Menschen" steht danach auf den grauen Steinplatten. "Keine Macht dem rechten Terror" und "Schließt die Tür, wenn der Rassismus anklopft!" In einem Zeitraffervideo von der Aktion sieht man, wie die Jugendlichen umherwuseln, wie immer mehr Schriftzüge entstehen und schließlich ein Schulhof zurückbleibt, der ein deutliches Statement setzt gegen Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Rechtsextremismus. Und für ein friedliches Zusammenleben – nicht nur an dieser Schule.

"Möge Courage mit dir sein!"

Die Kreideaktion ist einer der Husarenstreiche der "Antidiskriminierungsbande" am Reclam-Gymnasium, das einen besonderen Titel trägt: "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage". Knapp zwei Jahre zuvor, im März 2018, wurde das Siegel vom gleichnamigen Netzwerk mit dem Kürzel "SoR – SmC" verliehen, das im Juni dieses Jahres sein 25-jähriges Jubiläum beging (s. E&W 10/2020). Seither gehört das Gymnasium zu den bundesweit knapp 3.500 Schulen, die dieses Logo an ihrer Eingangstür tragen. Sie alle eint das Ziel, das Schul-

klima bewusst ohne Diskriminierung, Mobbing und Gewalt mitzugestalten. Die Plakette erinnert die Schulen tagtäglich an ihre Pflicht, die Grundsätze einzuhalten, die sie angenommen haben. "Die Gruppe ist wichtig, weil in der Gesellschaft vieles schiefläuft", sagt Zwölftklässlerin Mathilde Bäslack, die sich seit vier Jahren in der "Bande" engagiert. "Und weil das Thema im Unterricht zu kurz kommt", fügt Mitschülerin Carolin Salomon hinzu, die auch schon vier Jahre dabei ist. Den Jugendlichen

geht es dabei nicht nur um den Kampf gegen Rassismus, sondern gegen viele Formen der Diskriminierung: Sexismus, Homophobie, Antisemitismus.

An einem späten Oktobernachmittag sitzt Aniela Zenker im belebten Jugendstil-Café "Grundmann" in der Leipziger Südvorstadt und schaut etwas frustriert aus dem Fenster. Die Lehrerin für Englisch und Spanisch unterstützt die "SoR"-Initiative am Reclam-Gymnasium seit zwei Jahren. Doch viele Aktionen, die sich die "Bande" zuletzt vorgenom-



inierungsbande

men hat, fallen zurzeit wegen der Corona-Pandemie aus. Eigentlich wollten sie noch dieses Jahr Projekttage mit dem SoR-Netzwerk ausrichten und Antisemitismus-Workshops im jüdischen Kulturund Begegnungszentrum Ariowitsch-Haus organisieren. Die Finanzierung war gerade im Oktober mithilfe des Beauftragten für das Jüdische Leben der sächsischen Landesregierung geklärt. Dann kam der nächste Lockdown. Ob und wann es die Workshops nun noch geben wird, ist offen.

Auch das Interview für die E&W kann nicht an der Schule stattfinden, Fotos dürfen nur vom öffentlichen Fußweg aus mit Mundschutz und Abstand gemacht werden - weil Gäste derzeit nur in besonders dringenden Ausnahmefällen zugelassen sind. Dafür zeigt Zenker im Café Fotos und Flugblätter von Aktionen aus der jüngeren Zeit. Eine Lesung und Ausstellung mit dem Leipziger Historiker Sascha Lange über die Leipziger Meuten: Die Gruppen von Jugendlichen aus der Arbeiterschicht hatten

in den 1930er-Jahren dem NS-Regime die Stirn geboten, bis sie inhaftiert wurden. Davor die erste Gruppenfahrt der Reclam-"Bande" nach Dresden samt alternativer Stadtführung von Geflüchteten. "Wir saßen noch bis in die Nacht zusammen und haben über mögliche Aktionen geredet", erzählt Zenker. "Im Alltag finden wir dazu fast nie Zeit." Die "Bande", die vor allem aus Jugendli-

chen der 8. bis 11. Klassen besteht, sieht sich sonst nur einmal in der Woche zu Organisationstreffen, 20 Minuten in der Frühstückspause. Umso erstaunlicher ist, was sie alles auf die Beine stellt: Vorstellungsrunden in den neuen 5. Klassen, Durchsagen zu aktuellen Ereignissen im Schulfunk, Stolpersteine putzen, Projekttage organisieren, Spenden sammeln für die Seenotretter von Sea-Watch und Mission Lifeline. Kurz vor Weihnachten 2019 haben sie einen "SoR-Soli-Kuchenbasar" veranstaltet. Aus den Kuchenstücken ragten kleine bunte Papierfähnchen hervor: "Refugees welcome!", "Kein Mensch ist illegal" und "Esst Nazis!" stand darauf. 173 Euro Einnahmen haben sie an Pro Asyl gespendet. Im September haben sie mit einem weiteren Basar die Projektkasse gefüllt und knallrote Antidiskriminierungs-Armbändchen herstellen lassen. Diese tragen nicht nur alle zehn bis zwölf Mitglieder der "Bande", sondern auch viele andere Schülerinnen und Schüler am Reclam und an anderen Schulen in Sachsen. Auf einem kleinen Begleitzettel steht: "Möge Courage allzeit mit dir sein."



Hakenkreuz im Klassenchat

Mit 1.060 Schülerinnen und Schülern und mehr als 100 Lehrkräften ist "das Reclam" das größte Gymnasium in Leipzig. Etwa ein Drittel der Familien hat einen Migrationshintergrund, zwei

Das Anton-Philipp-Reclam-Gymnasium gehört seit 2018 zum Netzwerk "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage". >>> von fünf Klassen pro Jahrgang lernen in einer vertieften sprachlichen Ausbildung bilingual Französisch. "Wir sind in Leipzig das bunteste Gymnasium", sagt Schulleiterin Petra Seipel. Das liege nicht nur am Standort, sondern auch am zweisprachigen Unterrichtsprofil, das binationale und andere frankophile Familien aus der ganzen Stadt anziehe. "Das internationale Klima ist nicht immer konfliktfrei", sagt Seipel, "aber sehr anregend und inspirierend."

Doch selbst eine "Schule ohne Rassismus" ist keine Insel der Seligen. Auch am Reclam-Gymnasium sind schon Hakenkreuze an Tafeln geschmiert worden. Einmal haben sich Provokateure Zugang zum Schulnetzwerk verschafft und die Cursor-Symbole in Hakenkreuze verwandelt. Erst vor ein paar Monaten kam es zu antisemitischen Schmähungen in einem Klassenchat. Danach seien die Schülerinnen und Schüler der "Antidiskriminierungsbande" in alle sechs Klassen des betroffenen Jahrgangs gegangen und hätten den Mitschülern erklärt, dass eine rote Linie der Schule deutlich überschritten ist, erzählt Zwölftklässler Luis Bartel. Auch die Gruppe bleibt nicht immer ganz verschont von Angriffen. Ein großes, selbst gemaltes Transparent der "Bande" ist im vergangenen Jahr auf wundersame Weise verschwunden.

Von der Schulleitung bekommt die "Bande" jedoch Rückendeckung. "Ich versuche, sie mit dem nötigen Freiraum zu unterstützen, damit sie sich austauschen und stärken können", sagt Schulleiterin Seipel. Das Engagement sei sehr wertvoll, gerade weil es eine Schülerinitiative ist. "Sie leisten Aufklärungsarbeit, sie mahnen, unsere Werte zu achten und sie gehen auch in die Auseinandersetzung, wenn es nötig ist", sagt Seipel. "Sie wirken manchmal wie eine Feuerwehr." Das Siegel als "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" sei für die Schulleitung auch eine gute Argumentationsbasis, sich gegen jede Form der Diskriminierung auszusprechen. Die Anerkennung des Titels 2018 sei genau zur richtigen Zeit gekommen: "Gerade als in unserer Gesellschaft rassistische und menschenfeindliche Äußerungen häufiger und salonfähiger wurden, konnten wir ein klares Signal dagegensetzen."



Die Englisch- und Spanischlehrerin Aniela Zenker schätzt die Vielfalt des Leipziger Reclam-Gymnasiums. "Wir wollen einem Klima des Wegsehens und dem Rechtsruck der Gesellschaft etwas entgegensetzen", sagt sie.

Den Anfang hatte vor gut vier Jahren eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern aus einer 10. Klasse gemacht, die sich damals als Schülersprecher engagierten. Bei einer Veranstaltung des Stadtschülerrates lernten sie das SoR-Netzwerk kennen und beschlossen: Das wollen wir auch! "Wir wollten Stellung beziehen, dass für Rassismus und andere Formen der Diskriminierung bei uns kein Platz ist – auch wenn wir mit Rassismus an unserer Schule kein großes Problem hatten", erzählt Robert Coumbassa. Der heute 20-Jährige, der mittlerweile Erziehungswissenschaften und Ethnologie studiert, hat selbst eine dunklere Hautfarbe. Er kennt die Blicke anderer, die den Alltag manchmal belasten. "Es waren diese Blicke", sagt er, "gegen die wir etwas tun wollten."

Im folgenden Schuljahr engagierte sich schon ein Dutzend Schülerinnen und Schüler für die Idee und erreichte bald die offizielle Anerkennung des Netzwerks. Mehr als 70 Prozent aller Schulmitglieder mussten in einer geheimen Abstimmung für die Selbstverpflichtung des Netzwerks als Courage-Schule stimmen. Dazu gehören: die Entwicklung nachhaltiger Projekte gegen jede Form von Diskriminierung, der Einsatz gegen Gewalt und die jährliche Organisation mindestens eines Projektes zum Thema Diskriminierung. Die deutliche Mehr-

heit des Gymnasiums stand. Zugleich gewannen die engagierten Schülerinnen und Schüler die renommierte Leipziger Galerie für zeitgenössische Kunst als Patin. "Wenn die Schüler sich für diese Ziele engagieren und etwas auf die Beine stellen, bringt es mehr, als wenn es von der Autorität der Lehrkräfte kommt", sagt Coumbassa.

Allein im Tor

Lehrerin Zenker legt großen Wert darauf, die Gruppe nicht zu leiten, sondern zu begleiten. "Ich bemühe mich sehr um Augenhöhe und will nicht mehr als eine Unterstützerin sein", betont sie. Dass gerade sie die Rolle der Mentorin übernahm, ist vielleicht kein Zufall. Mit politischem Engagement ist die 41-Jährige vertraut: Im Jahr der Leipziger Montagsdemos und des Mauerfalls ist sie zehn, elf Jahre alt. An der Leipziger Uni lernt sie später in den Fächern Politik, Anglistik und Spanisch linke Plenarstrukturen von innen kennen. Sie engagiert sich viele Jahre im alternativen Connewitzer Sportclub "Roter Stern" ein Verein, der sich deutlich unterscheiden will von einer teils rechtsextrem geprägten sächsischen Fußballszene. In ihrem privaten Umfeld erlebt die Lehrerin mitunter, wie dunkelhäutige Menschen angegangen werden.

Umso mehr schätzt Zenker die Vielfalt der Schule. "Wir wollen einem Klima des Wegsehens und dem Rechtsruck der Gesellschaft etwas entgegensetzen", sagt sie. Dass die "Bande" dabei manchmal unbequem ist, nimmt sie in Kauf. "Die Menschen an unserer Schule sollen nicht vergessen, hin und wieder nach links und rechts zu schauen." Dies gelte nicht minder an einer leistungsorientierten Schule, die keine soziale Brennpunktschule im klassischen Sinne sei. Im Kollegium erntet sie viel Sympathien und Wertschätzung. Aber es gibt auch Kolleginnen und Kollegen, die sich desinteressiert zeigen. "Manchmal", sagt Zenker, "steh' ich ganz schön allein im Tor."

Sven Heitkamp, freier Journalist

www.schule-ohne-rassismus.org

"Weiße Sichtweisen"

// Kolonialismus als Entdeckerreise, Afrika als Armutskontinent: Schulbücher vermitteln zwischen den Zeilen oft rassistische Botschaften. Doch es geht auch anders: Das Beispiel eines Hamburger Gymnasiums zeigt, wie Schülerinnen und Schüler für das Thema sensibilisiert werden können. //

Im Geschichtskurs spazieren die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe durch die Hamburger Innenstadt, vorbei an Denkmälern für Kolonialoffiziere

mit Schnauzbart bis zum Schaufenster eines Bekleidungsgeschäfts: Neben einer Plastikpalme steht stramm eine Schaufensterpuppe mit aufgemaltem Oberlippenbart und Tropenhelm auf dem Kopf. "Spätestens bei diesem Anblick wird ihnen ganz schwummrig", sagt die Geschichtslehrerin Imke Stahlmann vom Gymnasium Farmsen in Hamburg. Sie legt großen Wert darauf, ihren Schülerinnen und Schülern klar zu machen, wie stark die Kolonialgeschichte des 19. Jahrhunderts bis heute fortwirkt – und rassistische Vorstellungen beeinflusst. Eine Ausnahme. In den allermeisten Schulen kommt das Thema viel zu kurz. Mehr noch: Die Art und Weise, wie die Kolonialgeschichte im Unterricht behandelt werde, reproduziere häufig Rassismus, sagt die Erziehungswissenschaftlerin Elina Marmer von der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg. Schulbüchern komme dabei eine besondere Rolle zu.

Schulbücher seien "staatlich legitimiertes Wissen", sagt Marmer, und hätten große Autorität. Die Kinder bekämen vermittelt: "Was da drinsteht, ist richtig." Viele Geschichtsbücher behandel- >>>



Zusammen mit Austauschschülerinnen und -schülern aus Tansania setzten sich die Jugendlichen des Gymnasiums Farmsen in einem Filmprojekt mit der kolonialen Geschichte Hamburgs auseinander.

>>> ten die Kolonialgeschichte unter der Überschrift "Entdecker und Eroberer". Und romantisierten damit die Gewaltherrschaft zum Beispiel in "Deutsch-Südwestafrika", heute Namibia. Es sei ein Schlag ins Gesicht, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit als Entdeckungslust zu verharmlosen, so die Wissenschaftlerin. Der Völkermord an den Herero und Nama werde meist nur am Rande erwähnt.

Koloniales Gedankengut

Auch die Mitbegründerin des Instituts für diskriminierungsfreie Bildung in Berlin, Jule Bönkost, kritisiert, dass Schulbücher häufig relativierende und einseitige Darstellungen der Kolonialzeit enthielten, kurzum: "weiße Sichtweisen". Die Perspektiven der kolonialisierten Bevölkerung und deren Widerstand gegen die Besetzung würden fast immer ausgelassen. Auch fehlten Bezüge zur Gegenwart. Rassismus werde kaum oder gar nicht thematisiert, so Bönkost.

Beide Expertinnen machen klar: Rassistische Botschaften stecken nicht nur in Geschichts- oder Sozialkundebüchern, sondern in nahezu allen Lehrwerken, von der Grundschule bis zur Oberstufe. Mal schnell zu erkennen, mal versteckt zwischen den Zeilen. So stellten Schulbücher schwarze Menschen meistens als "andere" dar, als abweichend von der weißen Norm, erklärt Bönkost. Ihnen würden rassistische Stereotype zugeschrieben. Als Beispiel verweist Marmer auf ein Biologiebuch für die 9. Klasse: Ein weißes Hochzeitspaar stehe für Monogamie, ein anderes Foto zeige eine Vielzahl schwarzer Menschen als Beispiel für Polygamie. "Man sieht nur eine Masse, keine Gesichter", sagt die Wissenschaftlerin. "Ich habe Zweifel, dass es sich tatsächlich um eine Familie handelt, wahrscheinlich wurde das Foto zufällig irgendwo aufgenommen."

Schulbücher vermittelten bis heute koloniales Gedankengut, welches rassistische Ideologien fortleben lasse, betont Marmer. So werde Afrika mit Natur gleichsetzt, mit Giraffen und Löwen, während die weiße, westliche Gesellschaft als Vorbild für Kultur, Demokratie, Bildung und Technik her-

halte. Menschen aus Afrika würden meist als hilfsbedürftig dargestellt. Marmer ist überzeugt: "Kinder lernen Rassismus in der Schule." Selbst wenn Lehrkräfte die Kapitel nicht im Unterricht behandelten, so prägten sich die Bilder trotzdem ein. In ihrer Studie stellte sie fest, dass alle Schülerinnen und Schüler die Fotos von ausgezehrten, halbnackten schwarzen Kindern kennen. "Sie ekeln sich und lachen darüber", so Marmer. "Ihre schwarzen Mitschülerinnen und Mitschüler fühlen sich gedemütigt."

Bönkost sagt, dass People of Color sich in Schulbüchern oft in der Rolle des Opfers oder Außenseiters wiederfänden, sie bekämen vermittelt, nicht dazu zu gehören. Diese diskriminierenden Erfahrungen könnten negative Auswirkungen auf Lernmotivation und Leistung in der Schule haben. Lehrkräften komme eine wichtige Aufgabe zu, betont die Wissenschaftlerin. Doch in der Ausbildung werde der Umgang mit Rassismus weitgehend außen vor gelassen. Deshalb seien Lehrkräfte oft unsicher. Viele hätten Angst, etwas falsch zu machen. Marmer rät, rassistische Inhalte auf keinen Fall zu ignorieren. Möglich sei, bestimmte Seiten rauszureißen oder Wörter durchzustreichen, auf jeden Fall damit zu arbeiten. "Sonst bleiben die Bilder hängen."

Schulen müssen sich öffnen

So sieht es auch Lehrerin Stahlmann aus Hamburg. Mit ihrer 9. Klasse liest sie gerade einen Text zum Genozid an den Herero und Nama. "Die Infos sind für den Einstieg okay", sagt sie. "Aber den Rest kann man nicht so stehenlassen." So würden im Text die Gewalttaten der deutschen Besetzer als logische Reaktion auf den Widerstand dargestellt. "Da stellen sich mir die Nackenhaare auf." Sie spricht mit ihren Schülerinnen und Schülern auch darüber, wie es sein kann, dass ein riesengroßer Kontinent wie Afrika immer mit einem negativen Fokus dargestellt werde. Der Lehrerin ist es wichtig, den Jugendlichen einen kritischen Blick zu vermitteln. "Dafür brauchen sie Anleitung."

Marmer begrüßt es, wenn Verlage problematische Inhalte ändern. Aktuell kündigte zum Beispiel der Klett-Verlag

an, nach Rassismusvorwürfen seine "Indianerhefte" für die Grundschule in "Anoki-Übungshefte" umzubenennen, auch die Bilder werden überarbeitet. Doch damit sei es nicht getan, sagt Marmer. In einem Lehrbuch sei in einer Bildunterschrift das "N-Wort" durch "Sklave" ersetzt worden, aber an der Darstellung habe sich nichts geändert. Schwarze Menschen würden in dem Buch weiterhin ausschließlich auf Opfer, Hilfsbedürftige, Versklavte oder Fremde reduziert. "Will man es richtig machen, muss man Geld in die Hand nehmen und Expertinnen und Experten aus entsprechenden Communities entscheidend beteiligen." Doch Menschen mit Rassismuserfahrung seien meist nicht diejenigen, die etwas in Verlagen oder Ministerien zu entscheiden hätten.

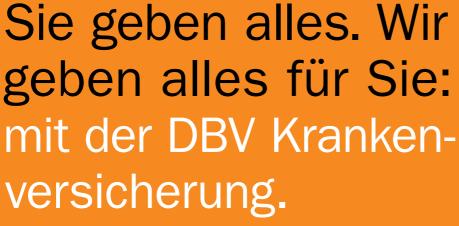
Die Wissenschaftlerin rät Schulen, sich nach außen zu öffnen. "Sie müssen nicht alles selber können." Auch Lehrerin Stahlmann organisiert die Stadtspaziergänge nicht selbst, sondern eine Künstlerin des Arbeitskreises Hamburg Postkolonial begleitet die Klasse. Solche Angebote gibt es in vielen Städten. Die Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus und seinen Folgen hinterlasse bei den Schülerinnen und Schülern tiefen Eindruck, sagt Stahlmann. Alle berichteten, auch privat viel über das Thema zu sprechen. Sie bekämen ein anderes Verständnis für Alltagsrassismus.

Dazu trägt auch ganz stark der Austausch des Gymnasiums mit einer Partnerschule in Tansania bei. Die Schülerinnen und Schüler reden über Privates, aber auch viel über die koloniale Geschichte ihrer Städte. Zweimal haben sie sich gegenseitig besucht, schreiben gemeinsam einen Blog. "Der Austausch ist für alle total beeindruckend", sagt Stahlmann. "Eine gigantische Erfahrung."

Kathrin Hedtke,

Rassismuskritischer Leitfaden: bit.ly/rassismuskritischer-leitfaden-pdf Weitere Infos zur rassismuskritischen Bildungsarbeit:

www.gew.de/antirassismus







Aschaffenburg is(s)t bunt

// Das Jugend- und Kulturzentrum (JUKUZ) in Aschaffenburg ist die meistgenutzte Jugendeinrichtung am bayerischen Untermain. Für seine Arbeit hat das 22-köpfige Team mehrfach Preise erhalten. Vier zentrale Werte dienen als Orientierung: Toleranz, Gewaltfreiheit, Offenheit, Pluralität. //

Jarrett trifft als Erster am JUKUZ ein. Bereits eine Viertelstunde bevor der "Offene Treff" aufmacht, kurvt der Fünftklässler mit seinem Fahrrad auf dem Hof herum. Doch in Corona-Zeiten ist Warten angesagt. Nach der Nachmittagsbetreuung müssen die Räumlichkeiten erst einmal gereinigt werden. Von Montag bis Freitag bietet das JUKUZ die kostenlose Betreuung für 10- bis 16-jährige Schülerinnen und Schüler an, gemeinsames Mittagessen inklusive. Diskriminiert wird hier niemand. Haben die Eltern wenig Geld, bekommen die Kinder auch das Essen kostenlos.

Momentan öffnet der Jugendtreff eine halbe Stunde später als gewöhnlich.

Soviel Zeit ist für die Reinigungsarbeiten reserviert. Sobald sich die Tür öffnet, steuert Jarrett zielgerichtet den Tresen an. Hier gibt es bei Anja Henninger Billardqueues, PS4-Controller, Dartpfeile und Getränke. Minuten später fläzen sich Jarrett, Elias und Rafael auf dem breiten roten Ledersofa. "Probier's mal", stößt Rafael Elias in die Seite. "Da musst du draufdrücken!" Er zeigt auf einen Knopf des PS4-Controllers. Sichtbar begeistert lassen die Drei die bunten "Gang Beasts", den Michelin-Männchen ähnliche Figuren, auf der Leinwand hoch über den Wolkenkratzern herumturnen und sich balgen.

Zweite Heimat

Viermal die Woche gibt es den "Offenen Treff" zu festen Terminen. "Der Treff steht im Mittelpunkt der Arbeit des Jugendhauses", sagt JUKUZ-Leiter Jimmy Roth. Der Weg zu seinem Büro im ersten Stock führt über ein mit farbenfrohen Wandgemälden geschmücktes Treppenhaus. Das Werk von Jugendlichen. Roth ist von Anfang an dabei – seit 1996. Damals fiel die Entscheidung für

eine zentrale Jugendeinrichtung. Sie wird ergänzt um drei Jugendtreffs in den Stadtteilen. "Die Stadt hat viel Geld in die Hand genommen, um das JUKUZ hinzustellen. Wir haben damals einen breiten Beteiligungsprozess mit den Besuchern gemacht", erzählt Roth.

Zwischen Altstadtfriedhof und Wohnhäusern gelegen, gehören zum JUKUZ neben dem eigentlichen Jugendhaus mit seinen Begegnungsräumen, der Disco, Küche, Medienwerkstatt und den Büros mehrere Anbauten mit Kreativ-Werkstätten sowie ein großer Saal mit Bühne für Veranstaltungen. Integriert sind auch das städtische Musikbüro und Proberäume für Musikgruppen, das Büro des Stadtjugendrings sowie die Jugendinformationsstelle Café ABdate. Wegen Corona wurden allerdings viele Angebote bis auf ein Minimum heruntergefahren. So bleibt die Küche weitgehend kalt, die Disco dunkel und die Werkstätten bieten nur ein eingeschränktes Programm nach Voranmeldung für eine begrenzte Zahl von Teilnehmenden an. In den Jugendtreff, der in mehrere Teilbereiche gegliedert das

komplette Erdgeschoss des Jugendhauses einnimmt, dürfen maximal 15 Jugendliche gleichzeitig.

Im Eingangsbereich begrüßt ein riesiges Plakat die Besucher: "Say their names". Es erinnert an Ferhat Unvar und acht weitere Menschen, die im Februar 2020 in Hanau bei einem rassistisch motivierten Anschlag ermordet wurden. Zwei junge Männer betreten den Thekenraum. Alte Bekannte, signalisiert der Gesichtsausdruck von Roths Kollegin Henninger. Andreas und Dennis gehören mit 23 respektive 24 Jahren zu den Senioren des "Offenen Treffs". Hotelfachmann der eine, Lagerlogistiker der andere, ist ihnen das Jugendhaus über die Jahre zur zweiten Heimat geworden. "Wir sind vier- bis fünfmal die Woche hier", schätzt Andreas. Warum? "Man kann hier alles machen: Kicker, Billard oder Dart spielen, reden, neue Leute kennenlernen."

Für besondere Impulse sorgte in den vergangenen Jahren das gemeinsame Kochen mit Geflüchteten und anderen Neu-Aschaffenburgern. "Kochen und essen verbinden", betont Roth. "Es verlangt keine gemeinsame Sprache, um sich näher zu kommen oder auszutauschen." Die aus einem Jugendprojekt hervorgegangene Aktion "Aschaffenburg is(s)t. Kochen mit Nachbarn aus aller Welt" wurde vor neun Jahren mit dem Preis "Bildungsidee 2011" ausge-

Ein Haus für viele Interessen

"Die Stadt hat traditionell eine Vorreiterrolle im Bereich von Bildung und Integration eingenommen", sagt Roth. "Deshalb wurde das Thema auch schon früh ein Schwerpunkt unserer Arbeit." Bis heute gebe es keine ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit. Aschaffenburg sei eine recht ruhige Stadt mit einem guten Sozialklima. Um dieses zu bewahren, habe die Stadtregierung in den vergangenen 25 Jahren viele Beteiligungsprozesse angestoßen. Gerade hat sie in einer Online-Befragung an Schulen die Lebenssituation, die Freizeitaktivitäten und Wünsche von Kindern und Jugendlichen ausgelotet.

"Aschaffenburg nimmt gewissermaßen eine Zwitterrolle ein", sagt Oliver Theiß, städtischer Jugendhilfeplaner. "Einerseits sind wir eine bayerische Stadt, auf der anderen Seite liegen wir im Einzugsbereich des Rhein-Main-Gebietes." Viele soziale Indikatoren wie die Zahl der Empfänger von ALG I oder ALG II, die Schuldenquote oder die Zahl der Wohngeld-Empfänger entsprächen eher denen der umliegenden hessischen Kommunen, betont Theiß. Die Stadt bemühe sich jedoch, soziale Härten abzumildern. Das Thema Integration steht laut Theiß seit 2008 ganz oben auf der Tagesordnung. Von den jungen Erwachsenen bis einschließlich 26 Jahre hätten fast 21 Prozent einen ausländischen Pass. Auch deshalb habe die städtische Jugendarbeit einen hohen Stellenwert für die Integration.





www.vielfalt-mediathek.de











Bildungsmaterial gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt. Für Demokratie, Vielfalt und Anerkennung.

Diskriminierung im Klassenraum? **Rechte Sprüche im Seminar?**

Über 2000 Materialien zum kostenlosen Download

- > Broschüren und Bücher
- › Unterrichtsmaterial und Arbeitsblätter
- > Trainingsordner und Handbücher
- > Audios und Videos







>>> Die Vielfalt der JUKUZ-Angebote ermöglicht es, ganz unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen. "In die Medienwerkstatt* kommen andere Kids als zu den Offenen Treffen", sagt Sozialarbeiter Sebastian Rüth. "Das JUKUZ ist ein Haus für viele Interessen. Viele Gruppen laufen hier nebeneinander her." Das macht es aus Rüths Sicht für Außenstehende nicht immer einfach, die Struktur zu durchschauen.

Die Integration von Einwanderern und ihren Familien habe schon immer einen herausragenden Stellenwert in der Arbeit von Stadt und JUKUZ eingenommen. So hätten die Kochrunden nicht nur manche Bekanntschaft und Freundschaft gestiftet. Sie seien oft die Brücke für den Einstieg in Vereine und Verbände gewesen, berichtet Roth. Er bedauert, dass seit einigen Jahren wieder Dinge sagbar seien, die früher undenkbar waren. In den vergangenen Jahren hat das JUKUZ versucht, mit einer Veranstaltungsreihe gegenzuhalten. 2019 warb es unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit der Kampagne "respekt - vor Menschen, Tieren, Sachen und Dir selbst". "Für unsere Arbeit sind vier Werte zentral", sagt Roth. "Toleranz, Gewaltfreiheit, Offenheit und Pluralität. Sie sollen ein friedliches und tolerantes Miteinander fördern. Wenn es angesagt ist, beziehen wir dabei auch politisch Position."

"Extreme Positionen finden sich unter unseren Jugendlichen eher selten", berichtet Rüth. "Wichtig ist immer, authentisch zu bleiben, eine klare Meinung zu haben und auch dazu zu stehen." Henninger ergänzt: "Wir sagen klar, wenn etwas nicht okay ist. Aber wir sind oft auch Vertrauenspersonen. Wir dürfen jemandem nicht signalisieren, dass wir ihn nicht mehr mögen, weil er eine andere Meinung hat." Immer sei klar: "Wir stehen auf deiner Seite. Du kannst jederzeit zu uns kommen, wenn etwas ist." Für Henninger und Rüth sind die vier Grundwerte Maßstab und Ziel ihrer täglichen Arbeit. "Wir versuchen, das selbst zu leben und durch unsere Arbeit Jugendliche und junge Erwachsene zu motivieren, das auch zu tun", sagt Rüth. Und ergänzt: "Soziale Arbeit ist eine Menschenrechtsprofession, keine ordnungspolitische Aufgabe."

Möglichkeit des Austauschs

Donnerstags sind die rAinBows die letzte Gruppe, die sich im JUKUZ trifft. "Wer zufällig reinschaut, könnte uns auch für eine katholische Jugendgruppe halten", sagt Phuong. "Wir reden, wir spielen, schauen Filme an, kochen zusammen. Vielleicht laufen die Vorstellungsrunden anders als gewohnt." 15 bis 25 Leute kommen zu den wöchentlichen Treffen der LGBT*IQ-Jugendinitiative, erzählen Sven und Andreas. Das JUKUZ ist der einzige Ort in

Aschaffenburg, wo sich queere Jugendliche und junge Erwachsene zwanglos treffen können. "Girls will be boys and boys will be girls." Die Zeile aus dem Song "Lola" der Rockband "The Kinks" könnte darüber als Motto stehen. Niemand wird hier nach seiner Identität gefragt. "Aber es gibt immer die Offenheit und die Möglichkeit, sich auszutauschen", sagt Andreas. Wichtig ist ihnen auch, andere aufzuklären. Im vergangenen Jahr waren sie an sechs Schulen eingeladen. Die Leitlinie der rAinBows, Besucherinnen und Besucher so zu akzeptieren, wie sie sind, könnte auch über dem JUKUZ stehen. Denn die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die hier gemeinsam ihre Freizeit verbringen, könnten unterschiedlicher kaum sein. Neben der interkulturellen Öffnung sieht das Team in der internationalen Jugendarbeit eine wichtige Möglichkeit, das Verständnis junger Menschen füreinander über Länder- und Kulturgrenzen hinweg zu fördern. Seit fünf Jahren reist das JUKUZ-Basketball-Team zu regelmäßigen Begegnungen mit französischen Jugendlichen in die Normandie – für Roth eine gute Möglichkeit zu interkulturellem Lernen, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt.

Die Basketball-Reisen wie auch Jugendfreizeiten in anderen europäischen Ländern organisiert das 22-köpfige Team soweit möglich gemeinsam mit den Jugendlichen. Eine Bereicherung sieht Roth im Europäischen Freiwilligendienst (EFD). Traditionell bietet das JUKUZ auch eine EFD-Stelle an. Im Moment nimmt diese Natalia Gulina ein. Die 26-Jährige kommt aus der Nähe von St. Petersburg. Auch das fördert Toleranz, Offenheit, Pluralität. "Schule kann nicht alle Bildungsaspekte abdecken", ist sich Roth sicher. "Die Stadt Aschaffenburg hat in der Jugendarbeit schon früh einen eigenständigen Bildungsauftrag gesehen."

Norbert Glaser,



15 bis 25 Leute kommen zu den wöchentlichen Treffen der LGBT*IQ-Jugendinitiative rAinBows ins Aschaffenburger Jugend- und Kulturzentrum, darunter auch Phuong (li.) und Sven.

*Die Medienwerkstatt kooperiert mit Radio Klangbrett, das ehrenamtlich betrieben dreimal die Woche ein Programm ausstrahlt, das im Umkreis von etwa 40 Kilometern zu hören ist. intel. Innovation Built-In

D&LLTechnologies

Der perfekte Partner für digitales Lernen

Der Einsatz von digitalen Geräten und Lerninhalten gehört mittlerweile zum Unterricht. Doch eine ganze Schule oder mehrere Schulen einer Stadt vollständig ins digitale Zeitalter zu bringen, ist eine große Aufgabe. Glücklicherweise müssen Schulen und Schulträger sie nicht allein stemmen, da Dell Technologies ihnen gemeinsam mit Intel mit modernen Lösungen und jahrelanger Erfahrung kompetent zur Seite steht.

Unterricht findet heute nicht mehr nur in der Schule, sondern zunehmend in virtuellen Klassenzimmern mit digitalen Medien statt. Schüler nutzen Lernsoftware und Online-Lernplattformen auf Computern und Tablets sowohl in der Schule als auch zu Hause, die Kommunikation mit Mitschülern und Lehrern läuft über digitale Kanäle wie Chats und Videokonferenzen. Mit großem Engagement haben Einzelne hier insbesondere in den vergangenen Monaten viel vorangebracht, doch eine ganze Schule oder mehrere Schulen so mit digitaler Technik und neuen Lernkonzepten auszustatten, dass alles gut und reibungslos funktioniert, gelingt nur mit Partnern – Partnern wie Dell Technologies, die das richtige Lösungsportfolio mitbringen und über jahrelange Erfahrung in Bildungsprojekten verfügen.

Schulen in 180 Ländern vertrauen auf Dell Technologies und Intel und haben über 300.000 Klassenräume mit unseren Lösungen für das digitale Lernen ausgestattet. In unseren Teams arbeiten geschulte Kollegen, die mit den modernsten IT-Konzepten vertraut sind und über das Wissen verfügen, wie diese technisch umgesetzt werden.

Gemeinsam mit starken Partnern, wie Intel, helfen wir Schulen, ihren digitalen Reifegrad zu analysieren und zu verstehen. Darauf aufbauend entwickeln wir mit ihnen ein Konzept für die weitere Digitalisierung und legen zusammen die nächsten Schritte fest: von der Ermittlung des Beschaffungsumfangs unter Berücksichtigung der Förderfähigkeiten und Finanzierung über die Implementierung und Einführung der Lösungen bis zur Erstellung der digitalen Lernkonzepte.

Unsere Partner haben bereits viele Digitalisierungsprojekte an Schulen mit Lösungen von Dell Technologies erfolgreich abgeschlossen und wissen: Jede Schule und jedes Projekt hat ganz individuelle Anforderungen.

Ob es um die Einrichtung eines WLANs, die Ausstattung der Schüler mit Notebooks oder die vollständige Digitalisierung von Schulen geht: Dell Technologies hat die Lösungen und die Erfahrung für den Aufbau von Server- und Storage-Infrastrukturen, Netzwerken und Cloud-Plattformen, die Ausrüstung von Klassenzimmern mit digi-



Schulen brauchen starke Partner, die sie mit der richtigen Kombination aus Technik, Inhalten und Kompetenz unterstützen.

talen Präsentationsgeräten sowie die Versorgung von Lehrern und Schülern mit PCs, Notebooks und Tablets.

Digitales Lernen ermöglicht einen personalisierten Unterricht, erlaubt eine enge Zusammenarbeit auch außerhalb des Klassenzimmers und macht vor allem: Spaß. Dell Technologies ist Ihnen

dabei ein Partner auf Augenhöhe – wir sind für Sie da und realisieren mit Ihnen gemeinsam die digitale Schule.

Weitere Informationen rund um unser Angebot für Schulen finden Sie hier:

DellTechnologies.com/DE-DE/Schule



Mit der richtigen IT-Infrastruktur stehen digitale Schule und Distanzlernen auf sicheren Beinen.

Einen sicheren Ort schaffen

// Der Hamburger Kinderladen "Maimouna" bietet Kindern einen Schutzraum gegen Rassismus. //

Aus dem geöffneten Fenster eines Spielzimmers stecken ein Mädchen und zwei Jungen die Köpfe heraus und schauen auf die Baustelle vor dem Fenster des Kinderladens Maimouna: Dort graben Bagger, hebt ein Kran Lasten in die Höhe. Dahinter steht eine geschwungene Stelzenkonstruktion, über die alle paar Minuten Züge rollen. Ihre Bremsen quietschen, wenn sie in die Kurve fahren. Die Lage mitten im Trubel sei "für die Kinder super-spannend", sagt Jasmine Rouamba, Leiterin des Kinderladens Maimouna. Und sie beruhigt: "Von der Bahn hören wir drinnen bei geschlossenen Fenstern nichts." Den Kinderladen gibt es seit 1993, doch die Räume an der aktuellen Adresse hat er erst im Oktober bezogen. Das Viertel nahe des Bahnhofs Altona ist neu erbaut, es besteht aus siebenstöckigen Wohnblocks, deren Ziegelfassaden in Farbtönen von beige-weiß über gelb und rot bis braunschwarz gehalten sind. Trotz des Lärms von der Bahntrasse ist es ein Viertel zum Leben, verkehrsberuhigt und mit einer Grünfläche zwischen den Blocks, in deren Mitte ein Spielgelände liegt, das sich Maimouna mit zwei anderen Einrichtungen teilt. Dort toben an diesem grauen Tag Anfang November die Mädchen und Jungen einer benachbarten Kita, die Maimouna-Kinder bleiben lieber in ihren frisch bezogenen Räumen.

Einen sicheren Ort zu schaffen, einen safe space für Kinder, die bereits Rassismus erlebt haben und in ihrem Leben sehr wahrscheinlich weiterem Rassismus ausgesetzt sein werden – das ist Grundidee von Maimouna. Das Wort bedeutet "die von Gott Gesegnete", der Mädchenname ist vorwiegend in westafrikanischen Ländern gebräuchlich. Gegründet wurde der Kinderladen von einer Elterninitiative, berichtet Rouamba. "Die Gründerinnen und Gründer waren Eltern, deren Kinder in anderen Kitas Rassismus erfahren hatten." Diese Erfahrungen seien in "weißen Strukturen" – und zurzeit beschreibt Rouamba so gut wie alle Strukturen in Deutschland als "weiß" – fast unausweichlich.

Subtile Diskriminierung

Die Kita-Leiterin, studierte Soziologin und Erziehungswissenschaftlerin, kennt das Phänomen als Grundrauschen ihres eigenen Lebens. Es reicht ein Anruf in einer Behörde: "Wenn ich mich mit ,Jasmine Rouamba, Maimouna' melde, werde ich erstmal abgewiesen und als Privatperson behandelt, die bei der falschen Nummer gelandet ist."

Wer Schwarz ist - die Großschreibung des Adjektivs bedeutet für Rouamba die gesellschaftliche Zuschreibung, nicht die reale Farbe der Haut - erlebt Rassismus fast täglich, schon Kinder bekommen ihn zu spüren, sagt sie: "In einer weißen Umgebung werden Schwarze Menschen permanent infrage gestellt." Es komme ständig zu Übergriffen, was ganz wörtlich gemeint ist: "Andere Kinder, aber durchaus auch Erwachsene fassen das Kind an, berühren zum Beispiel die Haare." Dazu kommen verbale Übergriffe, etwa wenn die Haare, Frisur oder Kleidung als "komisch" bezeichnet

Neben diesen offenkundigen Attacken gibt es subtile Formen von Rassismus, die wie ein schleichendes Gift wirken. Wer optisch nicht zur Mehrheitsgesellschaft passt, dem werden bestimmte Merkmale zugeschrieben: "Nicht-Weiße gelten als emotionaler, impulsiv, aggressiv, weniger intellektuell", nennt Rouamba die Stereotype. Diese Zuordnung passiere oft unterschwellig, sei den Handelnden gar nicht bewusst. Rouamba horcht darum auf, wenn ein Kind in einer "weißen" Kita als schwierig gilt: "Vielleicht will das Kind nur mitspielen, sich einbringen – es wird aber als Schwarz und darum besonders ungeduldig und nervig definiert."

Rouamba hat, bevor sie die Leitung des Kinderladens mit zwei Krippengruppen und 20 Plätzen im Elementarbereich übernahm, in der Erwachsenenbildung gearbeitet, sie ist Anti-Bias-Trainerin. Dabei geht es um den Zusammenhang von Diskriminierung in allen Spielarten mit gesellschaftlichen Verhältnissen und Machtstrukturen. Rouamba hat



Gruppen geleitet, Workshops gegeben, deren Ziel es war, schwarze Menschen stark zu machen und weiße Menschen über Rassismus aufzuklären. Den meisten sei gar nicht klar, wie rassistisch die Gesellschaft ist, sagt Rouamba: "Selbst weiße Eltern, die ein Schwarzes Kind haben, brauchen lange, um zu begreifen, dass ihr Kind oder ein Schwarzer Elternteil ganz andere Alltagserfahrungen macht als sie selbst." Etwa, wenn bei einem Elterngespräch in der Kita oder in einer Behörde nur der weiße Elternteil angesprochen oder wenn ständig die Frage nach der Herkunft gestellt und die Antwort "Hamburg" nicht akzeptiert werde.

Positives Selbstbild wichtig

"Wer weiß ist, profitiert automatisch von Rassismus", sagt Rouamba. Die Wirkungen seien messbar und vielfach untersucht: "Bei der Suche nach einer Wohnung oder auf dem Arbeitsmarkt hat Ralf mehr Chancen als Ali, und mit einem afrikanisch klingenden Namen ist es noch schwieriger." Sie hat eine Formel dafür: "Vorurteile plus Macht ist gleich Diskriminierung." Daher bezieht Rouamba die Macht-Dimension immer mit ein, wenn sie über Rassismus spricht.



Es ist ein komplexes Thema, an dem die meisten Erwachsenen zu knacken haben - in der alltäglichen Arbeit geht der Kinderladen Maimouna pragmatisch damit um: "Wir wollen den Kindern ein positives Selbstbild geben und ihnen helfen, Grenzen zu setzen, Stopp zu sagen." Das beginnt in der Einrichtung mit der Umgebung und den verwendeten Materialien: Puppen oder Spielfiguren haben verschiedene Hautfarben, in Bilderbüchern sind nicht nur weiße Menschen zu sehen. "Inzwischen gibt es eine gute Auswahl", sagt Rouamba. Wünschenswert wären aus ihrer Sicht noch mehr Selbstverständlichkeit und diversere Geschichten: "Zurzeit gibt es Bücher, in denen ein Merkmal wie Rasse, sexuelle Orientierung, Behinderung oder Geschlecht in den Vordergrund gestellt wird. Was fehlt, ist die Kombination: Warum nicht mal Schwarz und im Rollstuhl?"

Rouamba wünscht sich, dass Rassismus viel öfter thematisiert wird – überall in der Gesellschaft: "Wir haben es nicht gelernt, Antworten auf das Problem zu finden. Das Gedankengut steckt in den Worten, Medien, Büchern." Die alten Muster seien schnell wieder "anschlussfähig an den Nationalsozialismus", befürchtet die Soziologin. Der erste Schritt sei, "sich sein Weißsein bewusst zu machen". Ein einzelner Workshop, ein Seminar reiche dazu kaum aus, hat sie festgestellt: "Selbst bei den weißen Eltern eines Schwarzen Kindes dauert es Jahre, bis sie die Strukturen erkennen."

Fachkräfte sensibilisieren

Um Erziehungsfachkräfte in Kita oder Schule sensibler zu machen, bedürfe es einer langfristigen Beschäftigung: "In der Schule, in der Ausbildung, im Alltag." Und dann müssten die Fachkräfte auch noch geschult werden, das Thema kindgerecht aufzubereiten. Schwierig, aber Rouamba sieht auch Anzeichen einer Veränderung in der Gesellschaft: "Es gibt breite Unterstützung für die Black-Lives-Matter-Bewegung, es gibt Achtung und Beachtung, die ich mir

Der Kinderladen Maimouna wurde 1993 von Eltern in Hamburg gegründet. Heute bietet er Platz für zwei Krippengruppen und 20 Kinder im Elementarbereich.



"Wer weiß ist, profitiert automatisch von Rassismus", sagt Kita-Leiterin Jasmine Rouamba.

vor 20 Jahren nicht erträumt habe. Und Leuten, die Hip-Hop hören, muss man nicht viel erzählen, die kennen die Texte und wissen Bescheid." Doch immer noch sei Rassismus fest verwurzelt, und "von Empowerment sind wir weit weg". Der Kinderladen Maimouna wird inzwischen nicht mehr von Eltern, sondern von den Erzieherinnen und Erziehern betrieben, die Mitglieder des Trägervereins sind. Das Team ist multiprofessionell und vielsprachig, von Mandinka und Kiswahili über Farsi bis Portugiesisch. "Das ist auch für die Eltern angenehm, in ihrer eigenen Sprache reden zu können", sagt Rouamba.

Ungefähr die Hälfte der Kinder, die zurzeit im Kinderladen betreut werden, ist in Deutschland geboren, die anderen kommen aus anderen Ländern. Einige Kinder haben keine Papiere - auch ihnen einen Kita-Platz zu bieten, Sicherheit und einen Zugang zur Bildung, sieht das Maimouna-Team als Aufgabe und Ehrensache an.

"Wir hoffen, dass die Erfahrung hier den Kindern später hilft", sagt Rouamba. "Vor Rassismuserfahrungen bewahren wird es sie nicht." Sie wünscht sich, dass viel mehr Kitas und Schulen zu "sicheren Orten" werden, in denen Diskriminierung, egal ob wegen Hautfarbe, Behinderung oder Aussehen, keine Rolle spielen. "Da sind wir noch nicht am Ziel."

Esther Geißlinger, freie Journalistin



Multikulturalität und Vorurteile

// Wie ist es, sich auf einem wei-**Ben Campus schwarz zu fühlen?** Wie ist es. die einzige Studentin mit Kopftuch zu sein? Wie ist es, anders zu sein als die Mehrheit? Alle akademischen Institutionen in der Welt stehen vor der Herausforderung der Multikulturalität. Jedes Land hat andere Minderheiten, die besondere Anforderungen an das Bildungssystem darstellen. Probleme und Fragen gleichen sich überall. In Israel haben sich die Hochschulen zum Ziel gesetzt, die Vielfalt zu fördern und zu nutzen. //

In Israel haben die Einwanderungswellen aus verschiedenen Ländern im Laufe der Jahre ethnische, religiöse und sprachliche Vielfalt geschaffen. Dadurch entstand eine dynamische und vielfältige Gesellschaft, in der alle zwar in einem gleichen geografischen Raum, aber oft in Parallelwelten leben. Die Vielfalt spiegelt sich leider nicht in allen Einfluss- und Handlungssphären der Gesellschaft wider. Seit einigen Jahren haben sich die israelischen Hochschulen zum Ziel gesetzt, Vielfalt und Multikulturalität zu fördern und Hochschulbildung allen Teilen der Gesellschaft zugänglich zu machen. Es werden Instrumente entwickelt, um die benachteiligten Gruppen in den Hochschulen zu unterstützen.

Eine Studie der Hebräischen Universität (Oktober 2016) hat gezeigt, dass Studentinnen und Studenten aus Minderheitengruppen zu einem eher passiven akademischen Verhalten neigen und fürchten oder es unterlassen, sich aktiv an Diskussionen zu beteiligen und mit Lehrkräften und Kommilitonen zu interagieren.

Tehila Kalagy von der Ben-Gurion-Universität in Be'er Sheva, Expertin für kulturell angepasste Politik, stellt die rhetorische Frage: "Was wissen wir über Minderheitengruppen jenseits der

folkloristischen Merkmale wie Religion und kulinarischen Vorlieben? Nachdem wir unser Verständnis über Klischees hinaus erweitert haben, können wir Anpassungen vornehmen, denn es gibt zwar kulturabhängige Dinge, aber es gibt auch viele gleiche menschliche Züge in jeder Kultur wie Neugier, Lernfreude und Fleiß."

Fehlinterpretationen vermeiden

Sara Abu-Kaf, Leiterin der Abteilung Konfliktmanagement an der Universität Be'er Sheva, möchte Lehrende und administratives Personal im Umgang mit multikulturellen Begegnungen weiterbilden. Wenn Menschen keine geeigneten Werkzeuge in Konfliktsituationen haben, handeln sie nach ihnen vertrauten Mustern und bleiben "in ihrer Kiste eingeschlossen", so ihre Überzeugung. Den anderen zu kennen, kann zu seinem Verständnis beitragen. Ein Student, der sich nicht in einem Kurs beteiligt, wird in der Regel als apathisch und gleichgültig abgestempelt. Aber in einigen Kulturen sind Introvertiertheit und Zurückhaltung ein Wert, so dass diese Studierenden erwarten, dass man sich mit einer Frage an sie wendet und sie selbst keine Fragen an eine Dozentin oder einen Dozenten zu richten wagen. Das gilt auch für den Augenkontakt. Oft wird es als Unsicherheit interpretiert oder sogar vermutet, dass jemand etwas zu verbergen hat, wenn die Person dem Gegenüber nicht direkt in die Augen schaut. Jedoch zeugt dies in einigen Gesellschaften von Demut und Respekt gegenüber dem Vortragenden. Das Verständnis für die soziale Praxis jeder auf dem Campus vertretenen Gruppe wird dazu beitragen, Missverständnisse zu vermeiden und die multikulturelle Kompetenz des administrativen und akademischen Personals zu bereichern.

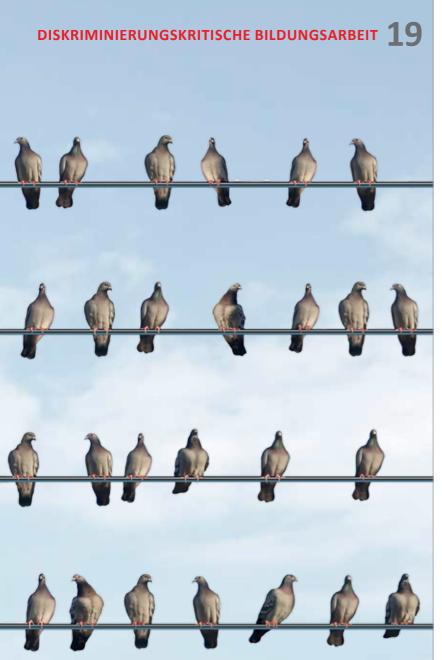
Auch Liat Fridgoot Netzer, die an der Bar Ilan Universität für Vielfalt zuständig ist, geht auf bestehende Stereotype und Vorurteile ein. Sie hält es für wichtig, sich ihrer Existenz offen bewusst zu sein, um mit ihnen umgehen zu können. "Ich kann erkennen, dass ich mich aus Angst und Unwissenheit feindselig gegenüber dem Anderen verhalte. Deshalb muss ich mir überlegen, was ich mit diesen Vorurteilen anfange."

Laut Raghda Alnabilsy vom Ruppin College dient ihre arabische Identität als starkes Vorbild. Es trägt dazu bei, Stereotype und Vorurteile gegenüber dem arabischen Teil der israelischen Gesellschaft zu hinterfragen und ermöglicht es arabischen Studierenden, an ihren Erfolg im akademischen Bereich zu glauben. Jüdische Studentinnen und Studenten andererseits lernen bei der Begegnung mit einem arabischen Dozenten, verinnerlichte Muster neu zu überdenken. Raghda Alnabilsy ist sich bewusst, dass die jüdischen Studierenden Araber meist aus dem Militärdienst kennen oder aus Medienberichten über gewalttätige Vorfälle. Wenn sie einen Seminarraum oder einen Hörsaal betrete, reagierten diese Studierenden meist erst einmal irritiert. Die Studentinnen und Studenten brauchten Zeit, um sich von den Vorurteilen, die viele über arabische Frauen haben, zu lösen.

Elitäres Denken überwinden

Aus allen vorgestellten Beiträgen der israelischen Dozentinnen ergeben sich zwei Hauptschlussfolgerungen:

Erstens sollte jede Hochschule, basierend auf ihrem Profil und einer Bedarfsanalyse für ihre Studierenden, Kurse über Lernstrategien, "study skills", anbieten, um ihnen bei der akademischen Sozialisierung zu helfen. Ebenso müssen Studierende angeleitet werden, ihre Stereotype und Vorurteile zu erkennen und zu überwinden. Das vermeidet emotionalen Stress und ermöglicht Studierenden aus unter-



Wer anders ist oder nur als anders wahrgenommen wird, ist schnell ausgegrenzt. Auch Hochschulen sind keine diskriminierungsfreien Zonen.

schiedlichen kulturellen Gruppen, ihre Potenziale voll auszuschöpfen. Zweitens sollte das akademische, administrative und technische Personal darin geschult werden, in einem multikulturellen Umfeld zu arbeiten, Konflikte zu bewältigen und mit Extremen umzugehen. Führende akademische Institutionen haben bereits Leitfäden zu diesem Thema veröffentlicht, so dass eine Fakultät, die sich auf dieses Thema spezialisieren möchte, nicht bei null anfangen muss.

Während die Hochschulbildung früher elitär organisiert war, öffnen sich die akademischen Institute heute weltweit für ein vielfältiges

Publikum und stehen vor der Herausforderung der Multikulturalität.

Prof. Keren-Miriam Adam, Hochschule Harz, Wernigerode

Weiterführende Informationen: **University of Michigan: Creating Inclusive College Classrooms** (crlt.umich.edu/gsis/p3_1) **University of Cornell: Center for Teaching innovation** (teaching.cornell.edu/diversity) **University of Harvard: Harvard University Online Resources on** Inclusive Teaching (bokcenter. harvard.edu/inclusive-teaching)



Akutklinik für psychosomatische Medizin und Psychotherapie

- Depressive Erkrankungen
- Folgeerkrankungen von chronischer Stressbelastung wie "Burnout", Schlafstörungen, Bluthochdruck, Kopf- und Rückenschmerzen
- Posttraumatische Belastungsstörungen
- Angst- und Panikstörungen
- Somatoforme Störungen
- Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen
- Essstörungen

einzigartig

Badstraße 28, D-88339 **Bad Waldsee** Tel.: +49 (0) 7524 990222 www.vincera-klinik-bad-waldsee.de





- Zeitzeugeninterviews
- Fächerübergreifende und digitale Bildungsangebote mit Lehrplanbezug
- Selbstentdeckendes Lernen in Führungen, Projekten und Workshops
- Anerkannt als außerschulischer Lernstandort im Bereich BNE



Museum Friedland | Bahnhofstraße 2 | 37133 Friedland bildung@museum-friedland.de | 05504.8056 204

GEW/Shutterstock/zplusz Foto:



MARLIS TEPE

Hass und Gewalt entgegentreten

Die Ermordung unseres französischen Kollegen Samuel Paty am 16. Oktober hat mich entsetzt und im ersten Moment sprachlos und traurig gemacht. Die GEW verurteilt diesen furchtbaren Mord. Der islamistische Terror trifft einen Lehrer, der seinen Beruf ausgeübt und das Thema Meinungsfreiheit am Beispiel der Mohammed-Karikaturen dargestellt hat. Spontan habe ich der Vertreterin unserer französischen Schwestergewerkschaft in der Bildungsinternationale geschrieben und versichert, dass wir Samuel Paty gedenken werden und in tiefer Trauer an der Seite der Lehrkräfte in Frankreich stehen (siehe auch S. 22 f.).

Für mich gab es viel mehr Fragen als Antworten. Von den Morden in Hanau wusste ich, dass die beste Reaktion auf solche Taten die ist, die Namen der Opfer zu nennen. Say their names, forderten die Angehörigen der Ermordeten. Die Namen der Opfer sollen in das Gedächtnis rücken, nicht die der Täter. So hat die GEW in der Online-Sitzung des Hauptvorstandes des ermordeten Kollegen Samuel Paty gedacht.

Inzwischen ist bekannt, dass der Kollege Paty nach der Behandlung des Themas Meinungsfreiheit im Internet beschimpft und der Vater einer nicht anwesenden Schülerin Beschwerde gegen seinen Unterricht bei Schulleitung, Schulaufsicht und dem Staatspräsidenten eingereicht hat. Durch ein Video war der 18-jährige Attentäter auf Samuel Paty gestoßen. Obwohl er diesen nicht kannte, wählte er ihn für seine Tat aus. Die Ermordung postete er über Instagram und Twitter. An den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, den "Anführer der Ungläubigen", schickte er eine mit dem Foto des Opfers unterlegte Nachricht: "Ich habe einen Ihrer Höllenhunde hingerichtet, der es wagte, Mohammed herabzusetzen."

Die Fragen bleiben. Wie konnte ein 18-Jähriger, der im Alter von fünf Jahren nach Frankreich gekommen war, zum Dschihadisten werden? Wie kann der Radikalisierung junger Menschen begegnet werden (s. E&W-Schwerpunkt 2/2016)? Wie kann dem politischen Islamismus der Nährboden entzogen werden?

Wie verhindern wir, dass die Angst vor islamistischem Terror zu Vorurteilen gegenüber Muslim*innen an sich wird?

Der Journalist Heribert Prantl nannte in seiner Kolumne in der "Süddeutschen Zeitung" folgende Ursachen: "Sie haben bekannte Namen, um mit A anzufangen: Arbeitslosigkeit, Abwertung, Armut. All dies ist erlebte Gewalt. Je länger diese Gewalt der Lebensverhältnisse währt und je auswegloser sie wird, desto mehr Menschen wechseln auf die Hassspur. Wer das Gefühl hat, dass seine Lebensbedürfnisse nach Arbeit, Anerkennung und Auskommen nicht respektiert werden, wird nur schwer die Meinungsfreiheit respektieren."

Wie können wir der Verbreitung von Hass im Internet – und nicht nur dort – begegnen? Auch vor der Ermordung des Politikers Walter Lübcke (CDU) schaukelten sich Hassbotschaften hoch, und der mutmaßliche Täter wurde so in seiner faschistischen Internetblase auf den Politiker aufmerksam.

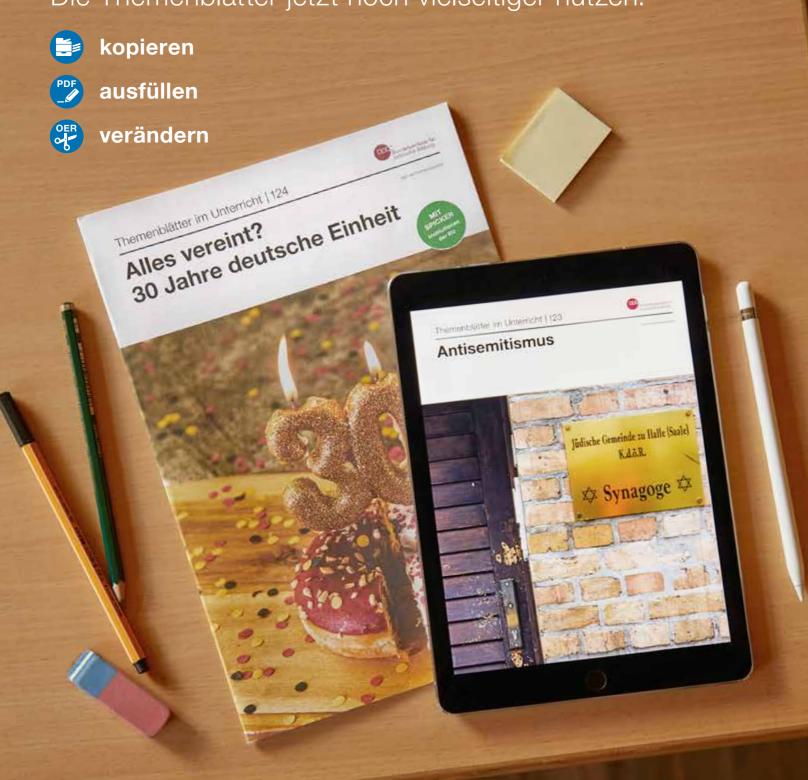
Die Spaltung der Gesellschaft nimmt zu. Das gilt nicht nur für Frankreich, sondern für viele Gesellschaften.

Welche Rolle können die Bildungsinstitutionen spielen? Zu allererst: Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen. Auch die AfD-Portale, über die Lehrkräfte denunziert werden sollen, wollten Angst machen: Das haben sie nicht geschafft. Solidarität und Zusammenhalt sind unsere Stärke. Wenn Lehrkräfte bedroht oder unter Druck gesetzt werden, müssen sie sich darüber austauschen. Wir brauchen starke Schulleitungen, einen guten kollegialen Zusammenhalt – und nicht zuletzt mutige Gewerkschaften! Wir müssen die Unterstützung von Expert*innen aus der Zivilgesellschaft annehmen und den Dialog fördern. Miteinander zu feiern und zu essen, gehört zum Zusammenleben. Die Pandemie macht das zurzeit schwierig. Aber gerade im Winter brauchen wir Hoffnung und Zuversicht. Stellen wir sie Hass und Gewalt entgegen.

Marlis Tepe, GEW-Vorsitzende

Zeitgeschehen begreifbar machen – in Präsenz und auf Distanz

Die Themenblätter jetzt noch vielseitiger nutzen:



"Wer Lehrkräfte angreift, attackiert die Republik"

// Am 16. Oktober wurde in der 50 Kilometer nordwestlich von Paris gelegenen Stadt Conflans-Sainte-Honorine der Lehrer Samuel Paty unweit seiner Schule auf dem Heimweg ermordet. Der Täter, ein 18-jähriger Islamist, erklärte in einem Bekennervideo, er habe sich für die Beleidigung seines Gottes und aller Muslime gerächt. Paty hatte Tage zuvor im Unterricht anhand der Mohammed-Karikaturen der Zeitschrift Charlie Hebdo das Thema Meinungsfreiheit behandelt, wobei er muslimischen Schülerinnen und Schülern anbot, zuvor das Klassenzimmer zu verlassen. Zu den Angriffen radikaler Islamisten gegen Lehrkräfte, die Schule und den Laizismus befragte E&W in Paris die Sprecherin der Lehrergewerkschaft SNES-FSU, Odile Cordelier (s. Kommentar S. 20). //

E&W: Wie haben die Lehrkräfte auf die Ermordung ihres Kollegen Samuel Paty reagiert? Haben sie mit so etwas gerechnet?

Odile Cordelier: Die gesamte Schulgemeinschaft, die mehr als nur die Lehrkräfte umfasst, hat mit Entsetzen auf diesen niederträchtigen Mord reagiert – und darüber hinaus die ganze Bevölkerung. Mit so etwas hatte niemand gerechnet - auch wenn es nicht an Angriffen fehlte, aber die kamen meist von Schülern, gelegentlich auch von Eltern, und blieben verbaler Art. Wie sollte man sich vorstellen, dass eine Lehrkraft für das ermordet wird, was ihre Aufgabe ist: unterrichten.

E&W: Sind die Lehrkräfte durch ihre Aus- und Weiterbildung auf eine solche Situation vorbereitet?

Cordelier: Seit Anfang September in Paris der Prozess gegen Helfer des Mordanschlags vom Januar 2015 auf die Redaktion von Charlie Hebdo be-



Odile Cordelier ist Nationalsekretärin des Lehrergewerkschaftsverbandes SNES-FSU, der die Lehrkräfte der öffentlichen Gymnasien vertritt, und dort für die internationalen Beziehungen zuständig. Sie ist seit 1985 Englischlehrerin. Zusätzlich zu ihrer Gewerkschaftsarbeit unterrichtet sie einige Stunden pro Woche an einem Gymnasium in Dijon.

gann, waren eine angespannte Atmosphäre und eine gewisse Besorgnis zu verspüren. Immerhin hatte das Innenministerium eine erhöhte Gefährdungsstufe verkündet und den Prozessort massiv durch Polizei abgesichert. So etwas wirkt sich natürlich auf die Bevölkerung aus und nicht zuletzt auf die Lehrkräfte. Die wissen, dass sie bei der Verteidigung der Werte der Republik an vorderster Front stehen. Aber Furcht haben heute eher die Familien, die sich um ihre Kinder sorgen. Seit den Mordanschlägen von 2015 wissen wir, dass die Schule sowie Pädagoginnen und Pädagogen zu den wichtigsten Zielen der Dschihadisten gehören. Seitdem gibt es an den Schulen Sicherheitsvorkehrungen sowie Pläne, Weisungen und Übungen, wie man sich im Fall eines tätlichen Angriffs zu verhalten hat. In der Ausbildung und auch in der Fortbildung werden diese Probleme erwähnt, aber nur kurz und nicht gründlich.

E&W: Bislang waren diese Angriffe ja fast immer verbaler Art. Fühlen Sie sich im ideologischen Fadenkreuz der Islamisten?

Cordelier: Für uns gehört die Laizität, also die strikte Trennung von Kirche und Staat, die den radikalen Eiferern ein Dorn im Auge ist, zu den Fundamenten unserer Arbeit. Wir machen bei den Schülerinnen und Schülern keinen Unterschied zwischen Muslimen, Christen, Juden und anderen Religionsgemeinschaften oder Atheisten. Das hat für uns keine Rolle zu spielen, und danach dürfen wir auch nicht fragen. Aufgrund mancher Meinungsäußerung ahnen wir natürlich oft, woher die Schüler stammen und welcher Religion sie angehören, aber das ist für uns kein Thema. Darauf gehen wir bei Diskussionen nicht ein. Das gehört zu den Grundsätzen der Laizität. Darum gibt es beispielsweise auch keine Statistiken über Religionen oder ethnische Herkunft. Die Republik kennt nur Französinnen und Franzosen. **E&W:** Wie bewerten Sie die Angriffe auf Lehrkräfte, die Schule und den Laizis-

Cordelier: Wir vermitteln unseren Schülerinnen und Schülern, egal welcher sozialökonomischen Herkunft sie sind, vor allem Wissen, aber wir helfen ihnen zugleich, sich auf ihre Rolle als Staatsbürgerinnen und -bürger und auf ihr Berufsleben vorzubereiten. Dabei herrscht absolute Glaubens- und Meinungsfreiheit. Zur Formung eines aufgeklärten Geistes gehören die Debatte und die Toleranz gegenüber anderen Meinungen. Das ist die Rolle der öffentlichen Schule. Wer eine Lehrkraft und damit das Schulwesen angreift, attackiert die Republik. Die Schülerinnen und Schüler begreifen das sehr wohl. Für sie sind Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit konkrete Werte. Probleme gibt es eigentlich nur mit den wenigen, die das nicht verstehen oder die durch ihre Eltern oder andere Leute negativ beeinflusst werden.

E&W: Welche Formen nehmen Angriffe des radikalen Islamismus gegen die Schule und den Laizismus an?

Cordelier: Von ihrem Wesen her ist die öffentliche Schule ein Ort, an dem Kinder und Jugendliche mit oft ganz unterschiedlicher Herkunft, Überzeugung oder sozialökonomischem Status zusammenkommen. Da bleibt es nicht aus, dass es im Zusammenhang mit dem Glauben hie und da Probleme gibt. Ein Beispiel: Als nach dem Mordanschlag auf die Redaktion von Charlie Hebdo im Januar 2015 an allen Schulen Frankreichs eine Schweigeminute eingelegt wurde, kam es an manchen Einrichtungen zu lautstarken Protesten und Provokationen. Das ging bis zur Äußerung, dass die Redakteure und Zeichner den Tod verdient hätten, weil sie mit ihren Karikaturen Mohammed beleidigt hätten. Mit solchen Fällen musste man sich auseinandersetzen. Später bei den Schweigeminuten zum Gedenken an die Opfer des Attentats vom November 2015 und jetzt nach dem Mord an Samuel Paty gab es dank besserer Vorbereitung durch die Lehrerinnen und Lehrer deutlich weniger Zwischenfälle.

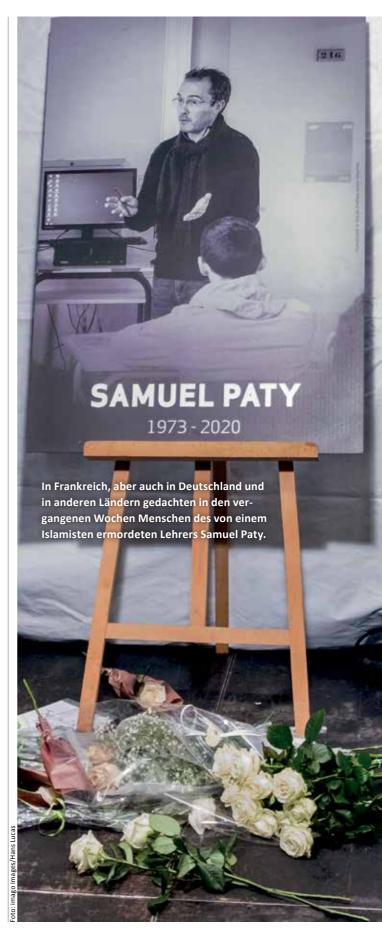
E&W: Sind mit solchen Problemen alle Lehrkräfte konfrontiert? Wie werden sie von ihren Schulleitungen unterstützt?

Cordelier: Mit Angriffen auf die Laizität haben vor allem die Geschichts- und Geografielehrer zu tun, die auch das Fach Moral und Staatsbürgerkunde unterrichten. Gelegentlich gibt es auch in naturwissenschaftlichen oder anderen Fächern Zwischenfälle, wenn Inhalte in Frage gestellt werden, zum Beispiel die Darwinsche Evolutionstheorie. So etwas kommt aber mehr an Grundschulen vor als an Gymnasien. Mit dem Kopftuch, um das vor 20 Jahren heiß gestritten wurde und das seitdem als demonstratives Zeichen einer Religionszugehörigkeit an den Schulen verboten ist, haben wir heute keine Probleme mehr. Es gibt aber Versuche von Mädchen, nicht am Sport- oder Schwimmunterricht teilzunehmen, um sich nicht in "unzüchtiger" Bekleidung zu zeigen. Den Schülerinnen und Schülern wird von den Lehrkräften meist schnell klar gemacht, dass alle den gleichen Unterricht bekommen und in ihrem eigenen Interesse keine Ausnahmen gemacht werden. Nur wenn es dabei keine Einsicht gibt, werden die Eltern von der Schulleitung vorgeladen. Von diesen geht ja meist auch der Druck aus. Das Problem wird mit ihnen diskutiert und zumeist beigelegt.

E&W: Eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) stellt fest, dass an Schulen mit Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher ethnischer und sozialer Herkunft die besten Leistungen erzielt werden. Wie steht es damit in Frankreich?

Cordelier: Ethnische Mischung ist kein Thema, weil ja eine Unterscheidung nach Herkunft durch den Laizismus verboten ist, aber soziale Mischung ist ein großes Problem. Besonders gilt das für Sozialwohnsiedlungen am Rande der Großstädte oder in ärmeren Stadtvierteln, wo sich überdurchschnittlich viele Schülerinnen und Schüler aus sozial schwierigen Verhältnissen konzentrieren. Dass Präsident Nicolas Sarkozy 2008 die Schulkarten "liberalisiert" hat, war ein Drama. Früher legte die Wohnadresse fest, in welche Schule seines Viertels man zu gehen hat. Das wurde zwar auch gelegentlich umgangen, beispielsweise durch die Anmeldung mit der Adresse von Verwandten oder Freunden, um so an ein bekanntermaßen gutes Gymnasium zu kommen, aber das hielt sich in Grenzen. Doch seit der Freigabe konzentrieren sich Kinder bürgerlicher Familien in angesehenen Gymnasien und benachteiligte Kinder aus sozialökonomisch schwierigen Familien in anderen Schulen. Dort sind aber die Bedingungen schlechter und damit auch die Zukunftsaussichten der Schülerinnen und Schüler. Dabei setzen gerade solche Familien oft sehr große Hoffnungen in die öffentliche Schule, damit diese ihre Kinder befähigt, das Beste aus sich zu machen und sich über ihre Herkunft hinauszuheben.

Interview: Ralf Klingsieck, freier Journalist in Paris



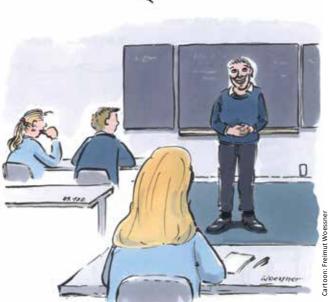
"Land der Stifter und Schenker"

// Während der Corona-bedingten Schließungen ist deutlich geworden, wie schlecht viele Schulen für Distanzunterricht ausgestattet sind. Die private Wirtschaft steht in den Startlöchern, um einzuspringen. Das birgt Gefahren. //

Durch den Digitalpakt Schule könnten gewinnorientierte Unternehmen nach Einschätzung des Sozialwissenschaftlers Tim Engartner noch stärker in die Klassenzimmer vordringen und ihren Einfluss ausbauen. Mit Apple, Samsung und Microsoft träten sehr wirkmächtige US-Konzerne auf den Plan, warnte der Direktor der Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung der Goethe-Universität Frankfurt am Main bei der Onlineveranstaltung "Werbung in der Schule – Wie Wirtschaft das Klassenzimmer erobert" der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv). Verschärft wird das Problem durch die Corona-Pandemie, die zeigt, wie stark die Schulen bei der Digitalisierung zurückliegen.

Viele Schulen haben zu wenig Geld, viele Unternehmen springen nur allzu bereitwillig ein. Dahinter stecken Ziele wie Imagepflege, Kundenakquise, Agenda-Setting oder verkaufsfördernde Werbung. Dabei bleibt es nicht bei Brotboxen und Alltagsmasken mit Firmenlogos. Rund 800.000 kostenlose Lehrmaterialien sind online verfügbar, die meisten davon von Firmen, Verbänden und Stiftungen. 22 von 30 Dax-Unternehmen boten laut vzbv im Jahr 2017 Unterrichtsmaterialien an. Auch wenn politisch Einigkeit herrscht: Ein effizientes Vorgehen gegen die Einflussnahme aus der Wirtschaft bleibt schwer, so vermittelte es die vzbv-Veranstaltung. Dies mochte auch





dem virtuellen Format geschuldet sein: Die Abschlussdiskussion fiel wegen technischer Probleme aus, es gab nur einzelne Reden. So konnte die rheinland-pfälzische Bildungsministerin und Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), Stefanie Hubig (SPD), das bisherige politische Handeln loben, ohne Fragen beantworten zu müssen.

Der vzbv sieht die KMK in der Pflicht: Es gebe zu viele, zu unterschiedliche und zu unklare Regelungen in den Bundesländern. "Und es gibt viele Schlupflöcher", sagte Vorstand Klaus Müller. Die KMK könne bundesweit einheitliche Regelungen beschließen.

GEW für werbefreie Schule

Auch die GEW hat Forderungen an die Kultusministerien: In ihrem "Lobby-Check: Für eine werbe- und lobbyismusfreie Schule" plädiert sie etwa für die Prüfung von Materialien, Portalen und Kooperationen durch staatliche Monitoringstellen, das eventuelle Nachjustieren von Schulgesetzen und die Sensibilisierung von Lehrkräften. Die KMK solle "Empfehlungen zum Umgang mit Lobbyismus und Werbung an Schulen" entwickeln.

Engartner betonte, die Schulpflicht beinhalte auch, dass der Staat darauf achte, welche Inhalte im Klassenzimmer vermittelt würden. Während Schulbücher streng geprüft würden, gebe es ein solches Verfahren für freie Unterrichtsmaterialien nicht. Lasse man ein "Lobbyparkett" an Schulen zu, drohten diese, "zu Werbeplattformen zu verkommen". Das Land der Dichter und Denker werde zum "Land der Stifter und Schenker".

Hubig verteidigte die Anstrengungen der Politik: Werbeverbote seien in den Schulgesetzen aller Bundesländer verankert. Unterschieden werden müsse zudem bei der Art des Engagements: Partnerschaften mit Betrieben, die der Berufs- und Studienorientierung dienten, seien "ausdrücklich erwünscht". Mit Blick auf die Corona-Krise und das Herantreten von IT-Firmen an Schulen betonte sie, Bund und Länder hätten den Digitalpakt um das Sofortausstattungsprogramm für Schulträger erweitert. Ausschreibung und Anschaffung für Endgeräte und Lizenzen erfolgten so, dass "die Einwirkungsmöglichkeit von potenziellen Sponsoren nicht gegeben ist". Hubig hält den "aufgeklärten Verbraucher" für den besten Schutz. Deshalb sei Verbraucherbildung in allen Ländern vorgegeben. In der KMK-Empfehlung zum Thema sei formuliert, dass Schülerinnen und Schüler Kompetenzen für ein reflektiertes und selbstbestimmtes Konsumverhalten erwerben sollten. Die SPD-Politikerin versprach aber, "Impulse" aus der Tagung mitnehmen: "An dem Thema kann man nicht genug arbeiten."

Nadine Emmerich, freie Journalistin

bit.ly/vzbv-werbung-in-schulen

Auszeichnung für ausgezeichnete Arbeit

// Eine Dienstvereinbarung zur Arbeitszeit der studentischen Beschäftigten an der TU Berlin regelt zum ersten Mal verbindlich den Umgang mit Arbeits- und Abwesenheitszeiten. Dafür gab es den Deutschen Personalräte-Preis in Silber. //

Rückblickend betrachtet ist die Dienstvereinbarung zur Arbeitszeit studentischer Beschäftigter an der Technischen Universität Berlin (TU) zu einem sehr passenden Zeitpunkt in Kraft getreten: wenige Wochen vor der Corona-Pandemie, welche die Uni in den Digitalbetrieb versetzte. Denn erst die Dienstvereinbarung ermöglichte den Studierenden, ihren Job auch mobil zu machen. "Vorher war kein Homeoffice möglich", sagt der Personalratsvorsitzende Marcel Fünfstück.

Die größten Errungenschaften der seit dem 1. Januar 2020 geltenden Vereinbarung sind: Erstmals wird der Umgang mit Arbeits- und Abwesenheitszeiten verbindlich, gesetzes- und tarifvertragskonform geregelt. Mittels Arbeitszeitkonten können sich die Beschäftigten ihre Zeit zudem flexibler einteilen und Studium, Beruf und Privatleben besser organisieren – was sich in Corona-Zeiten ebenfalls direkt bewährte. Auch die diversen Arbeitsmodelle von Tutorinnen und Tutoren bis zu Drittmittelbeschäftigten werden abgebildet.

Der Lohn der dreijährigen Verhandlungen mit der Dienststelle: Für die Dienstvereinbarung wurde der Personalrat der studentischen Beschäftigten (PRSB) der TU, der rund 2.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vertritt, mit dem Deutschen Personalräte-Preis in Silber ausgezeichnet.

Dabei kam das Vorhaben fast ein bisschen zufällig ins Rollen: Als die TU mit der Idee auf die Personalvertretung zukam, SAP einzuführen, um alle Verwaltungsprozesse zu standardisieren und digitalisieren, rückte die Frage einer Arbeitszeiterfassung in den Mittelpunkt. Der PRSB startete eine Umfrage zum Thema. Diese ergab, dass die studentischen Beschäftigten zwar eine elektronische Zeiterfassung über SAP ablehnten, sich jedoch mehr Einheitlichkeit und Rechtssicherheit wünschten.

Rechtssicherheit für alle

Der Personalrat schaute sich das bisherige Prozedere daraufhin genauer an. Es zeigte sich, dass an der Universität verschiedene – zumeist als Excel-Tabellen-System umgesetzte – Zeiterfassungsvorlagen verwendet wurden, von denen allerdings keine mit dem Gremium abgestimmt war. "Wir haben eine hohe zweistellige Zahl gesichtet, keine Vorlage war korrekt", sagt GEW-Mitglied Fünfstück.

So gab es häufig "Denkfehler" beim Umwandeln der laut Tarifvertrag üblichen monatlichen in eine werktägliche Arbeitszeit. Abwesenheitszeiten wie Urlaubs- und Krankheitstage wurden gesetzeswidrig als "Minuszeiten" ausgewiesen und

sollten nachgeholt werden. Im Schnitt schoben die studentischen Beschäftigten 20 Stunden Mehrarbeit ohne geregelte Vergütungsansprüche vor sich her. Im extremsten Fall waren es sogar 80 bis 100 Überstunden. Minusstunden habe dagegen kaum jemand gehabt, sagt Fünfstück.

Wesentliches Instrument der siebenseitigen Dienstvereinbarung ist nun ein Ampelsystem, mit dem das Arbeitszeitkonto kontrolliert wird. Bei Grün sind die Guthaben beziehungsweise Defizite in Ordnung, bei Gelb ist dieses – in Absprache mit den Vorgesetzten – abzubauen, bei Rot sollte sofort gehandelt werden.

Die Beschäftigten halten ihre Arbeitszeit in einem Zeiterfassungsbogen selbst fest, diese Vorlagen funktionieren automatisiert, so dass nur Basisdaten eingetragen werden müssen. Am Ende des Monats werden die Nachweise den Vorgesetzten vorgelegt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können die gespeicherten Daten jederzeit einsehen. Der Personalrat setzte durch, dass es keine Leistungs- und Verhaltenskontrollen gibt.

Ein Feedback der Beschäftigten liegt dem PRSB unterdessen noch nicht vor. Das Gremium habe zwar eine Evaluation zu einem festzulegenden Zeitpunkt gefordert, "aber das wünschte die Dienststelle nicht", sagt Fünfstück. Weiterverhandelt wird derweil trotzdem schon: Dieses Mal geht es um eine Dienstvereinbarung nur zum mobilen Arbeiten, die das Thema spezifisch und im Corona-Kontext regelt – auch mit Blick auf den Punkt Ausstattung.

Nadine Emmerich, freie Journalistin



Personalrat der studentischen Beschäftigten der TU Berlin

"Wir beherrschen Europa!"

// Der Streit um die Buchreihe "Täterprofile" des Hamburger Erziehungswissenschaftlers Hans-Peter de Lorent geht weiter. Die Enkelin eines ehemaligen und mittlerweile verstorbenen NS-Funktionsträgers fordert vor Gericht das "Recht auf Vergessen" ein. //

Oscar Toepffer war während des "Dritten Reichs" Offizier, hochrangiges Mitglied der Hamburger Verwaltung und zeitweise Schulsenator. Nach dem Krieg vertrat er als Anwalt ehemalige NS-Größen bei ihren Entnazifizierungsverfahren. Der Hamburger Erziehungswissenschaftler und ehemalige Lehrer Hans-Peter de Lorent widmet ihm ein Kapitel in seiner Reihe "Täterprofile", in der er maßgebliche Personen aus dem Schulwesen der NS-Jahre vorstellt. Dabei zitiert der Autor aus Briefen des NS-Funktionärs. Dagegen hat eine Enkelin Toepffers geklagt, sie verlangt ein "Recht auf Vergessen". Ob die Zitate weiter öffentlich zugänglich sein dürfen, muss nun das Hamburger Landgericht entscheiden.

1943 schrieb Toepffer an seine Frau: "Wir beherrschen Europa!" Das schaffte Nazi-Deutschland bekanntlich nicht, aber Toepffer focht das nicht an. Nachdem er im September 1945 "glatt" aus der Wehrmacht entlassen worden war – er hatte zum Termin Wäsche mitgenommen für den Fall, dass er von den britischen Besatzungsbehörden verhaftet würde –, schrieb er: "Sollte es zum Kriege mit Rußland kommen, um zusammen mit England den deutschen Osten zurückzugewinnen, so bin ich wieder dabei."

Diese und andere Zitate aus dem zweiten Band der Reihe "Täterprofile", die auf der Homepage der Hamburger Landeszentrale für politische Bildung abgerufen werden können*, will Christel Sachs, eine Enkelin des 1982 verstorbenen Juristen, nicht länger öffentlich lesen. Sie klagte gegen den Autor Hans-Peter de Lorent und gegen die Hansestadt, die die Reihe über das "Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz" herausgibt (s. E&W 7-8/2020).

Bei der Verhandlung im Juni befand das Gericht in einer ersten Einschätzung, dass einige Passagen der zitierten Briefe urheberrechtlich geschützt sein könnten. Erschwert wird der Fall dadurch, dass de Lorent als Quelle ein Heft mit Abschriften der Briefe nutzt, die eine Tochter Toepffers zusammengestellt hatte. De Lorent betont, die Frau, die inzwischen verstorben ist, sei mit der Veröffentlichung einverstanden gewesen. Sachs bestreitet das: "Nie und nimmer wollte meine Mutter, dass so private Dinge veröffentlicht werden." Das Gericht schlug einen Vergleich vor. Doch der hätte verlangt, die meisten Zitate zu streichen – das lehnen sowohl de Lorent als auch die Stadt ab.

Dem Autor, der seit Jahrzehnten über die NS-Zeit in Hamburg forscht, geht es um die historische Bedeutung des Briefwechsels, "weil er für mich repräsentativ für viele Ehepaare in ihrer Haltung zu den führenden Repräsentanten war". An der Rolle Toepffers als "öffentliche Person, als führender politischer Repräsentant während der Zeit des Nationalsozialismus" bestehe kein Zweifel. Mehrere Nachkommen hätten ihn bei seinen Forschungen unterstützt, sagt de Lorent: "Allen Beteiligten war klar, dass es um eine Veröffentlichung geht. Ich kann sagen, mit offenen Karten gespielt zu haben."

Sachs hatte, anders als andere Familienmitglieder, weder von den Treffen ihrer Mutter mit de Lorent noch von der Veröffentlichung des zweiten Bandes der "Täterprofile" im Jahr 2017 gewusst. Erst 2018 meldete sie sich bei der Landeszentrale

für politische Bildung und verlangte,

die Zitate zu entfernen. "Mir geht es um die persönliche Korrespondenz zwischen meinen Großeltern", sagt sie. Sie sei zu dem Vergleich bereit gewesen. Doch auch die Stadt Hamburg lehnt den Vorschlag des Gerichts ab. Über die Gründe ist nichts bekannt. Diesbezügliche Anfragen der E&W blieben bis Redaktionsschluss unbeantwortet. Wann das Gericht seine Entscheidung trifft, steht noch nicht fest.

Esther Geißlinger,



In einer dreibändigen Reihe setzt sich Hans-Peter de Lorent mit der Geschichte des Hamburger Bildungswesens in der NS-Zeit auseinander. Einer der vorgestellten NS-Täter ist der Jurist Oscar Toepffer.

*www.hamburg.de/eigenpublikationen



März 2020

Ab die Post! | 02826 Görlitz | 10963 Berlin-Kreuzberg | 27616 Beverstedt | 34295 Edermünde-Besse | 45699 Herten | 52382 Hambach | 69115 Heidelberg | 75378 Bad Liebenzell | 82008 Unterhaching | 99974 Mühlhausen



Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern

magazin

#18

Oktober 2020

Corona, und jetzt? | 260 Tage Corona | Solidarität in der Krise | Kinder zu Corona | Politische Bildung vor Ort | Humor in politischen Debatten | Tipps gegen Verschwörungsideologien | Kultur auf Abstand | Krisenpolitik für morgen



In der nächsten Ausgabe

Corona – und jetzt?

Alle wichtigen Themen, Publikationen und Termine der Bundeszentrale für politische Bildung auf 52 Seiten: das bpb:magazin

Jetzt kostenlos abonnieren – erscheint 2 x im Jahr: www.bpb.de/magazin



Schwarzer Tag für die Bildung

// Historischer Kraftakt oder Rolle rückwärts in der Schulpolitik? An der neuen Ländervereinbarung der Kultusministerkonferenz (KMK) scheiden sich die Geister. //

Seit Jahren drohen einige unionsgeführte Bundesländer mit einem eigenen "Staatsvertrag" zur Qualitätssicherung und gegenseitigen Anerkennung ihrer jeweiligen Abiturzeugnisse. Bestimmten SPD-Ländern werfen sie vor, ein "Billigabitur" zu vergeben. Meldungen über eine angeblich inflationäre Vergabe von Einser-Noten beim Abitur in einzelnen Ländern wie die ewigen Klagen der Hochschulrektoren und Standesverbände über eine vermeintlich fehlende Studierfähigkeit junger Menschen taten ein Übriges. Konservative pflegen in der Öffentlichkeit gern den Eindruck, in einigen Bundesländern, vor allem in unionsgeführten, sei das Abitur viel schwieriger und deshalb "mehr wert" als in anderen. Das blieb auf Dauer nicht ohne Folgen. Das Bundesverfassungsgericht forderte Ende 2017 in seinem Urteil zur Hochschulzulassung im Medizinstudium die Kultusminister auf, für bundesweite Gleichwertigkeit der Abiturzeugnisse zu sorgen.

Extrem konservativ

Empirische Belege dafür, dass Abiturientinnen und Abiturienten etwa aus Bayern oder Baden-Württemberg im Studium und bei ihrer späteren Berufskarriere besser klarkommen als Absolventinnen und Absolventen etwa aus Bremen oder Hamburg, gibt es nicht. Einstimmig lehnten es die Kultusminister aller Parteien bislang ab, Oberstufenschülerinnen und -schüler wie die Dritt- bzw. Viert- sowie die Neuntklässlerinnen und -klässler nach einheitlichen Kriterien testen zu lassen. Verlässliche länderübergreifend

vergleichbare Daten über Studienerfolg oder -abbruch, gelungenen Berufseinstieg, Karriere und Berufszufriedenheit werden erst in etlichen Jahren vorliegen. Die Datensätze des Nationalen Bildungspanels in Bamberg dazu sind noch im Aufbau.

Doch medial wie bei Meinungsumfragen kommt der deutsche Bildungsföderalismus nicht gut weg. Die Kultusministerinnen und -minister sehen sich seit Jahren unter Handlungs- und Rechtfertigungsdruck. Den SPD-geführten Bundesländern ist der Gestaltungs- und Reformwille von einst abhanden gekommen. Heute geht es ihnen um den Abbau alter Konflikte, vor allem aber um "Ruhe an der Schulfront". Die Union hat dagegen mit Baden-Württembergs Bildungsministerin Susanne Eisenmann (CDU) eine neue, aggressive und extrem konservative Sprecherin erhalten. Eisenmann sucht die politische Profilierung und geht im kommenden Jahr als CDU-Spitzenkandidatin bei der badenwürttembergischen Landtagswahl ins

Mehr als zwei Jahre brüteten die Gremien der KMK über einem Papier, das mehr Vergleichbarkeit in deutschen Schulen garantieren soll - von der Grundschule über die Sekundarstufe I bis hin zum Abitur und zu den beruflichen Schulen. Die Union ließ dabei ihre Forderung nach einem Staatsvertrag fallen - nachdem in interner KMK-Runde der eigens geladene Rechtswissenschaftler und Bildungsforscher Hans-Peter Füssel den Kultusministern deutlich machte, dass ein Staatsvertrag in mehreren Bundesländern von den Länderparlamenten abgesegnet werden muss. Das hätte unter Umständen Änderungswünsche der Abgeordneten provoziert - und damit das von 16 Kultusministerien mühsam ausgehandelte Papier gefährdet. Zudem wäre erneut das Grundproblem des Konstrukts der Kultusministerkonferenz deutlich geworden. Über Schulgesetze wie auch Schulstrukturen entscheiden letztlich die jeweiligen Landesparlamente. Die KMK ist weder im Grundgesetz noch in den Landesverfassungen vorgesehen. Ihre Beschlüsse sind für die Parlamente rechtlich nicht bindend – allenfalls politisch verpflichtend, um ein Mindestmaß an gesamtstaatlicher Einheitlichkeit im Föderalismus zu ermöglichen.

Einheitliche Regelungen

Also trägt das von der KMK jetzt beschlossene Papier mit seinen 44 Artikeln den sperrigen Namen "Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen". Zum Jahresende sollen es die Regierungschefs der 16 Länder unterzeichnen. Die Vereinbarung wird dann das in der Vergangenheit mehrfach ergänzte "Hamburger Abkommen" von 1964 ablösen, mit dem sich damals die elf Bundesländer des Westens die gegenseitige Anerkennung ihrer Schulabschlüsse zusicherten.

Einige wichtige Absprachen in dem neuen Länderpapier:

- Für die Grundschulen will sich die KMK bis 2022 auf einen einheitlichen Mindeststundenumfang in den Fächern Deutsch, Mathematik und Sachunterricht verständigen sowie auf "die Vermittlung einer verbundenen Handschrift, der ein normiertes, schreibmotorisches Konzept zugrunde liegt" und einen einheitlichen Rechtschreibrahmen.
- In der Sekundarstufe I sollen bis 2022 alle möglichen Abschlüsse bundeseinheitlich kategorisiert und benannt werden (Erster Schulabschluss, Mittlerer Schulabschluss). Eine einheitliche Namensgebung für die verschiedenen Schularten wird geprüft.

In der gymnasialen Oberstufe wollen die Länder ihre Rahmenvorgaben weiter angleichen. Bis 2023 soll die genaue Anzahl verpflichtend zu belegender und in die Gesamtqualifikation einzubringender Fächer einschließlich ihrer Gewichtung festgelegt werden, dazu auch die einheitliche Anzahl zu wählender Fächer auf erhöhtem Anforderungsniveau sowie einheitliche Regelungen zur Leistungsermittlung in den vier Schulhalbjahren der Qualifikationsphase. Ab 2023 sollen alle Länder für die Prüfungsfächer Deutsch, Mathematik und Fremdsprache mindestens 50 Prozent der Abituraufgaben aus dem gemeinsamen länderübergreifenden Aufgabenpool entnehmen. Für Biologie, Chemie und Physik soll das ab 2025 gelten.

Die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe sprach von einem "schwarzen Tag für die Bildung". Noch mehr Prüfungen würden zentralisiert und normiert, Qualität solle über noch mehr Tests und Bildungsstandards gesichert werden. Von der Inklusion verabschiede sich die KMK weitgehend, Interesse zeige sie nur am Gymnasium. Gesamt- und

Gemeinschaftsschulen tauchten nicht mehr auf. "Mit den Schritten zur Zentralisierung des Abiturs wird die innovative Oberstufenreform der 1970er-Jahre West weiter geschliffen. Damals sollten die jungen Menschen in der Oberstufe das selbstständige Lernen lernen, um sie besser auf Hochschule und Beruf vorzubereiten. Heute will man die Schülerinnen und Schüler am Gängelband führen und wundert sich, warum sie an den Hochschulen scheitern", so Tepe.

Kein Bildungsrat

Zugleich haben die Länder mit ihrem Beschluss über die Einsetzung einer "Ständigen wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz" das Konzept für einen gemeinsamen Deutschen Bildungsrat mit dem Bund endgültig beerdigt - und damit eine große Chance vertan. Dabei unterstützt der Bund die Länder finanziell derzeit so stark wie nie zuvor - nicht nur in der Hochschul-, sondern auch in der Schulpolitik. Auf Bundesebene hatten sich Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag für die Einsetzung eines Bildungsrates stark gemacht. Doch Bayern und Baden-Württemberg torpedierten mit ihrem Veto das gemein-

same Bund-Länder-Projekt. Aber auch die SPD-geführten Länder zeigten wenig Neigung, für einen gemeinsamen Bildungsrat zu kämpfen. Zudem werden Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) fehlendes Verhandlungsgeschick und Durchsetzungsvermögen nachgesagt. Die nunmehr ohne den Bund von den Ländern eingesetzte "Ständige wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz" wird aus 16 Mitgliedern bestehen: zwölf berufenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie vier weiteren Mitgliedern aus Institutionen, die in der deutschen wie internationalen Bildungsforschung aktiv sind, etwa dem Sprecher der Autorengruppe des Nationalen Bildungsberichtes und dem jeweiligen Leiter oder der Leiterin des ländereigenen Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB). Die zwölf Expertinnen und Experten werden für jeweils drei Jahre berufen. Wie sie ausgewählt werden, ist noch offen. Die Arbeit des Gremiums ist zunächst auf sechs Jahre befristet. Nach vier Jahren ist eine Evaluierung vorgesehen.

Karl-Heinz Reith, freier Journalist



Bildung im Zeichen der Pandemie

// Die Kultusministerinnen und -minister halten trotz der steigenden Corona-Zahlen für Schulen und Kitas am Regelbetrieb in den Einrichtungen fest. Gesundheits- und Bildungsexperten sowie die GEW fordern dagegen eine andere Strategie und zum **Beispiel Wechselunterricht an** Schulen sowie die Einhaltung der **Empfehlungen des Robert Koch-**Instituts (RKI) im Umgang mit der Pandemie. Das RKI empfiehlt unter anderem eine Halbierung der Schulklassen bei Überschreiten eines Inzidenzwertes von 50 bei der Zahl der Neuinfektionen innerhalb einer Woche*. //

Die Corona-Pandemie hat Deutschland nach wie vor im Griff. Ende Oktober verhängten Bund und Länder erneut einen Lockdown. Anders als noch im Frühjahr wurde diesmal allerdings die Wirtschaft nicht heruntergefahren, und auch Schulen und Kitas blieben geöffnet. Bis Ende

November hatte sich der Anstieg bei den Infektionszahlen zwar verlangsamt, der erhoffte Rückgang blieb jedoch aus. Vor allem in den Schulen stieg die Zahl der positiv getesteten Schülerinnen und Schüler. Mitte November befanden sich nach Angaben der Kultusministerkonferenz bereits mehr als 200.000 Schülerinnen und Schüler in Quarantäne. Das entsprach fast 2 Prozent aller Lernenden. Mit dem Corona-Virus infiziert hatten sich bis dahin mehr als 18.000 Schülerinnen und Schüler und damit rund 0,2 Prozent aller Kinder und Jugendlichen an den Schulen. Bei den Lehrkräften betrug die Quote der Infizierten mehr als 0,4 Prozent, von Quarantäne-Maßnahmen waren knapp 1,5 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer betroffen; annähernd 0,4 Prozent der Schulen waren komplett, 14 Prozent teilweise geschlossen.

Da die Entwicklung einer Pandemie dynamisch ist (so verdreifachte sich beispielsweise in der zweiten Oktoberhälfte in Niedersachsen die Zahl der infizierten Schülerinnen und Schüler), muss man davon ausgehen, dass die Zahlen bei Erscheinen dieser Ausgabe weiter gestiegen sind. Die Ministerpräsidenten der Länder und die Bundeskanzlerin konnten sich auf ihrem Corona-Gipfel am 16. November nicht auf ein Maßnahmenpaket für die Schulen einigen. Im ursprünglichen Papier von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) waren die Halbierung der Klassen und die Suche nach zusätzlichen Raumkapazitäten vorgeschlagen worden, um Abstände in den Klassen – ergänzt durch entsprechende Lüftungskonzepte – einhalten zu können.

Hohe Dunkelziffer

Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach kritisierte die Ablehnung dieser Vorschläge durch die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten scharf. Die Länder würden nicht genug gegen die Ausbreitung der Corona-Pandemie an den Schulen unternehmen und die Gefährdungslage unterschätzen. Die Zahl der Infizierten bei den 10- bis 19-Jährigen sei derzeit ungefähr zehnmal so hoch wie während der ersten Corona-Welle im Frühiahr dieses Jahres. Alle Studien zeigten, dass sich Kinder in erster Linie untereinander in der Schule infizierten und dann ihre Eltern ansteckten, erklärte der SPD-Politiker auf einer Wirtschaftskonferenz Mitte November in Berlin. Lauterbach plädierte daher dafür, Schulklassen ab der Mittelstufe zu halbieren und Online-Unterricht zu organisieren. Grundschulen nahm er von diesem Vorschlag aus, weil hier die Infektionszahlen und das Ansteckungsrisiko geringer seien. Auch der Kieler Bildungsforscher und Psychologe Olaf Köller forderte, zumindest ältere Schüler digital zu Hause zu unterrichten. Programme für den Distanzunterricht sollten dabei langfristig bis Ende März 2021 angelegt werden und nicht nur bis Weihnachten, sagte der Wissenschaftliche Direktor des Leibniz-Instituts für Pädagogik der



Naturwissenschaften und Mathematik, der an mehreren Stellungnahmen der Nationalen Akademie der Wissenschaften, Leopoldina, zur Corona-Pandemie beteiligt war. Angesichts der aktuellen Lage müssten die Grundschulklassen zudem verkleinert und Abstände untereinander vergrößert werden.

Solange es keinen Impfstoff gebe, der massenhaft eingesetzt werden könne, werde gerade in der kalten Jahreszeit das Infektionsgeschehen auch an den Schulen problematisch bleiben, so Köller. Die Hoffnung, dass Schülerinnen und Schüler weniger infektiös seien, habe sich nicht erfüllt. Vielmehr gebe es gerade bei jungen Menschen eine hohe Dunkelziffer, weil viele von ihnen infiziert seien, ohne Krankheitssymptome zu zeigen.

RKI-Empfehlungen ignoriert

Das RKI hatte schon im Frühsommer empfohlen, ab einem Grenzwert von 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner Schulklassen zu teilen, um einen Mindestabstand von 1,5 Metern wahren zu können, sowie die Maskenpflicht auszuweiten. Die Länder setzen diese Empfehlung allerdings kaum um, wie eine Bestandsaufnahme der GEW ergeben hat. In Thüringen würden die Empfehlungen des RKI für Kitas und Schulen "faktisch außer Kraft gesetzt", kritisierte beispielsweise die Vorsitzende des GEW-Landesverbandes. Kathrin Vitzthum. Der Vorsitzende der rheinland-pfälzischen GEW, Klaus-Peter Hammer, forderte eine "sofortige Grundausstattung mit FFP2-Masken" für alle Kolleginnen und Kollegen, auch weil nicht immer und überall die Kinder und Jugendlichen Masken tragen könnten oder dürften; Schnelltests sollten schnell und unkompliziert auf Wunsch zur Verfügung gestellt werden.

Die GEW hat bereits mit Beginn des Teil-Lockdowns Anfang November gemahnt, die Bildungseinrichtungen nicht aus dem Blick zu verlieren. Für die Kitas verlangte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe, die individuellen Gefährdungsbeurteilungen nach Arbeitsschutzgesetz umzusetzen. Jede Kita brauche passgenaue und wirksame Hygienepläne. Tepe regte an, freiwillige, kostenfreie Corona-Tests sowie eine Grippeschutzimp-



fung für die Beschäftigten anzubieten. "In Einrichtungen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, ist ein Betrieb der Kita nicht zu verantworten", betonte Tepe. Kita-Schließungen dürften nicht ausgeschlossen werden, wenn neue wissenschaftliche Erkenntnisse nahelegten, dass Kitas eine Rolle bei der Verbreitung des Corona-Virus spielten oder es ein erheblich erhöhtes Risiko für die Beschäftigten gebe.

Politisches Abenteuertum

Die Entwicklung des Infektionsgeschehens der vergangenen Wochen haben die Befürchtungen der Bildungsgewerkschaft bestätigt. Mit deutlichen Worten kritisierte Tepe daher, dass Kanzlerin Merkel und die Ministerpräsidenten sich bei steigenden Infektionszahlen Mitte November nicht auf ein Maßnahmenpaket für die Schulen verständigt haben. "Wer die Schulen langfristig offen halten will, muss jetzt den Weg dafür bereiten. Es ist völlig unverständlich und sachlich nicht begründet, warum sich die Länder gegen Wechselunterricht wehren, der für die Schülerinnen und Schüler ab der Sekundarstufe I gut umzusetzen ist. Auch wenn es schwierig wird: Für die Grundschulen muss so schnell wie möglich nach zusätzlichen Räumen gesucht werden, damit die Abstände in den Klassen gehalten werden können", so Tepe. Sie begrüßte, dass das Deutsche Jugendherbergswerk (DJH) mittlerweile einen Vorschlag der GEW aufgegriffen hat und anbietet, seine bundesweit 450 Häuser, die aufgrund der Reisebeschränkungen während der Pandemie nur gering ausgelastet sind, für den Schulunterricht zu öffnen.

"Jetzt ist nicht die Zeit, vernünftige Vorschläge vom Tisch zu wischen – in der Hoffnung, die Infektionszahlen würden schon irgendwie sinken", so Tepe weiter. Das sei vor dem Hintergrund des steigenden Anteils von Schülerinnen und Schülern, die sich mittlerweile in Quarantäne befinden sowie angesichts Tausender Lehrkräfte, die sich während der zweiten Welle der Pandemie infiziert hätten, "verantwortungslos und politisches Abenteuertum".

Jürgen Amendt,

Redakteur der "Erziehung und Wissenschaft"



*Diesen Beitrag hat der Autor am
23. November verfasst. Die Ergebnisse
der Videoschalte zwischen Kanzlerin
Angela Merkel (CDU) und den Ministerpräsidenten vom 25. November konnten
aufgrund der Drucklegung der E&W
nicht mehr eingearbeitet werden.

"Es läuft gut" – läuft es gut?

// "Es läuft gut in den Kitas", erklärte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) noch im Oktober. Seither hat sich die Lage allerdings deutlich verschlechtert: Es gibt weniger Personal, mehr Infektionen, mehr Verdachtsfälle. Das zeigt ein Blick in die Corona-KiTa-Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und des Robert Koch-Instituts (RKI). //

Während über das Ob und Wie von Schulbetrieb mit Verve debattiert wird, bleibt es um die Kinderbetreuung eher still. Muss eine Kita wegen einer Covid-19-Infektion schließen, steht das kaum in der Lokalpresse; eine Ausnahme ist München, wo die Süddeutsche Zeitung auf ihrer Website Buch führt. Rund 70 Schließungen listete sie Mitte November für die bayerische Landeshauptstadt auf, deren Infektionszahlen nach einem kurzen Zwischentief wieder zu den höchsten der Republik zählen. In den meisten Fällen waren Kita-Gruppen geschlossen, manchmal ganze Einrichtungen.

Die Ruhe überrascht auch deswegen, weil die Lage der Kinderbetreuung anders als die an Schulen bundesweit begleitet und stets aktualisiert wird: Auf der Seite www.corona-kita-studie.de finden sich detaillierte Monats- sowie ein erster Quartalsbericht, und seit November sogar ein Dashboard, wie es viele inzwischen von der Website des RKI kennen: Klick für Klick kann man nachschauen, wie viele Kitas von Covid-19-Infektionen und Verdachtsfällen betroffen sind, und wie es um die Personalsituation bestellt ist. Einziger Wermutstropfen: Das Corona-KiTa-Register, das auf den Antworten aus zurzeit rund 8.100 Kitas und 1.400 Tagespflegeeinrichtungen basiert, hinkt rund 14 Tage hinterher.

Immer weniger Personal

Der Blick, den man bei Drucklegung der E&W am 24. November auf die erste Novemberwoche werfen kann, macht deutlich, wie sehr sich die Lage seit einem pressewirksamen Auftritt von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey

(SPD) und Bundesgesundheitsminister Spahn nur wenige Wochen zuvor* verändert hatte: Der Anteil der Einrichtungen, die wegen eines Infektions- oder Verdachtsfalls geschlossen waren, stieg zwischen Anfang Oktober und Anfang November von 0,61 auf 1,64 Prozent. Weitaus häufiger als ganze Kitas oder Tagespflegeeinrichtungen bleiben einzelne Gruppen geschlossen, nämlich mit 3,72 Prozent (Anfang Oktober: 0,76 Prozent) inzwischen schon mehr als jede Dreißigste - pro Kalenderwoche.

Auch die Zahl der von den Einrichtungen mitgeteilten Covid-19-Fälle steigt zurzeit stetig und deutlich: "Nur jede Hundertste pro Woche meldet einen Infektionsfall", hatte Ministerin Giffey Mitte Oktober noch verkündet. In der ersten Novemberwoche war es mit 9.2 Prozent nahezu jede Zehnte. Ob Kinder oder Erzieherinnen und Erzieher infiziert sind, wird nicht gemeldet. Einen Hinweis dürfte der Anteil des "coronabedingt ausgefallenen Personals, zum Beispiel wegen Krankschreibung" geben: Der stieg binnen eines Monats von 2,7 auf 4,5 Prozent. Dazu passt, dass der Anteil der Fachkräfte, die für die pädagogische Arbeit mit Kindern zur Verfügung steht, von Woche zu Woche leicht sinkt, in der ersten Novemberwoche lag ihr Anteil bei 84,6 Prozent.

Das wirft gesundheitliche Fragen auf, aber auch organisatorische. Jede Woche geben die Einrichtungen auf einer 1-6-Skala an, wie schwierig es für sie ist, bedarfsgerechte Betreuung zu gewährleisten. Anfang Oktober antworteten Kita-Leitungen und Tagespflege darauf noch im Durchschnitt mit der Note 2.3. einen Monat später nur noch mit 2,7. "So langsam stoßen die Kitas an ihre Grenzen", erklärt Prof. Bernhard Kalicki, einer der Corona-KiTa-



Engmaschiger Überblick

Die Corona-KiTa-Studie erforscht, was die Pandemie für Kitas und Tagespflege, Kinder und Eltern bedeutet – von Infektionsrisiken bis zu pädagogischen Herausforderungen. Auch soll ein engmaschiger regionaler Überblick entstehen. Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) und das Robert Koch-Institut (RKI) führen die Studie durch, finanziert wird sie vom Bundesgesundheits- sowie dem Bundesfamilienministerium.

Die Studie besteht aus vier Modulen: aus dem Corona-KiTa-Register des DJI mit wöchentlichen Onlinebefragungen und den RKI-Untersuchungen CATS und COALA (s. Text). In einem vierten Modul (CoKiss) befragen DJI-Mitarbeitende 3.000 Kita-Leitungen und 14.000 Eltern, teils mit vertiefenden Vor-Ort-Gesprächen. So soll ein Eindruck entstehen, wie Kinderbetreuung in Zeiten der Pandemie gelingt. Aktuelle Erkenntnisse werden regelmäßig veröffentlicht.

Kitas wie Kindertagespflege-Einrichtungen sind weiterhin aufgerufen, sich zu beteiligen. "Je mehr mitmachen, desto präziser können regionale Lagen eingeschätzt und desto zielgerichteter kann auf diese reagiert werden", erklärt Prof. Bernhard Kalicki vom DJI. Informationen und Anmeldung: www.corona-kita-studie.de

Studienleiter am DJI. "Welches Personal wo eingesetzt wird, muss ja auch präziser geplant werden als vor der Pandemie." Denn der Trend zu stabilen Gruppen macht natürlich auch vor der Kinderbetreuung nicht Halt: Die große

In der zweiten Welle der CoronaPandemie müssen immer häufiger
Kita-Gruppen und ganze Einrichtungen schließen.

Mehrheit der Kitas mit offenen Gruppen wechselte zu geschlossenen oder nur teilweise offenen Gruppen. Mehr als die Hälfte der teilweise offen arbeitenden Kitas wechselte zu geschlossenen Gruppen.

Überraschend kommt die sich stetig verschlechternde Lage indes nicht: Prof. Walter Haas, einer der Studienleiter beim RKI, sagte - neben Giffey und Spahn auf dem Podium sitzend – bereits im Oktober voraus, steigende Infektionszahlen würden in die Kindertagesbetreuung hineinwirken. Das zentrale Argument der Politik, Kitas seien keine "Infektionstreiber", bestätigte der RKI-Experte hingegen: Nach allem, was man wisse, folge die "Verbreitung des Virus unter Kindern der Gesamtsituation, und treibt sie nicht voran." Dazu passt, dass der Anteil der Kinder, die jünger als fünf Jahre sind, an allen Infektionen in Deutschland nur 3 Prozent beträgt obgleich sie 6 Prozent der Bevölkerung stellen.

Kinder erkranken seltener

Umfassend erforscht ist die Rolle von Kindern im Infektionsgeschehen aber bisher nicht. "Wir hoffen, dass COALA uns genauere Antworten gibt", so Haas. COALA ist ein weiterer Baustein der Corona-KiTa-Studie und trägt den vollen Titel "Corona – Anlassbezogene Untersuchungen in Kitas". Bundesweit sollen in 15 bis 20 Kitas, in denen Infektionen

auftraten, Abstriche und Blutproben bei Mitarbeitenden sowie in den Familien darüber Aufschluss geben, inwieweit, und wenn ja, unter welchen Bedingungen die gemeinsame Betreuung zur Übertragung beitrug. Ein Modul namens CATS (Corona-KiTa-Surveillance) soll außerdem großflächig Daten der Gesundheitsämter analysieren. Ergebnisse der beiden vom RKI verantworteten Teilstudien werden allerdings erst für 2021 erwartet.

Bis dahin verweist die Corona-KiTa-Studie vor allem auf jene internationalen Studien, die auch in der Presse diskutiert wurden. Die Erkenntnisse reichen von Israel über China bis Australien und in die USA, von Tests in Haushalten bis zu Nachverfolgungen von Ausbrüchen in Ferienlagern und Bildungseinrichtungen. Kaum eine ist eins zu eins übertragbar, auch beziehen sich nicht alle auf kleine Kinder. Zusammengefasst führen sie für das Kita-Alter zu einem Trend, der sich in Kürze so beschreiben lässt: Sicher ist, dass Kinder seltener an Covid-19 erkranken als Erwachsene und zwar je jünger, desto seltener (eine Ausnahme sind Säuglinge, die häufiger erkranken als Kleinkinder). Ein Zusammenhang damit, dass Kleinkinder sich seltener infizieren – und damit weniger zur Verbreitung beitragen können wird stark vermutet.

Dafür spricht auch eine Studie der Frankfurter Virologin Prof. Sandra Ciesek, die an 50 hessischen Kitas mit 825 Kindern und 372 Mitarbeitenden binnen zwölf Wochen nur auf zwei positive Ergebnisse stieß, beide beim Personal. Auch wenn die Tests in einer Zeit von weniger Infektionen - bis September - stattfanden, entkräften sie die These, bei Kindern würden Infektionen womöglich oft übersehen, weil sie nicht krank werden. Warum Kita-Kinder das aktuelle Corona-Virus kaum verbreiten sollten - schließlich sind Kitas bei Influenza und Erkältungen durchaus Infektionstreiber –, ist noch völlig offen.

Jeannette Goddar,

*www.gew.de/ kinder-keine-infektionstreiber

"Lernen ist in jedem Kind verankert"

// Alexandra Vanin leitet die Otfried-Preußler-Grundschule in Hannover, Trägerin des Hauptpreises des Deutschen Schulpreises. In der Ganztagsgrundschule lernen 400 Schülerinnen und Schüler mit und ohne Beeinträchtigung gemeinsam. "Lernen ist in jedem Kind verankert", sagt Vanin im E&W-Interview. //

E&W: Vorab, das ist in diesen Zeiten ja immer Thema: Was machen Sie, wenn Ihre Schule in den Corona-bedingten Lockdown gehen muss?

Alexandra Vanin: Wir können jederzeit in das Distanzlernen gehen. Dafür wird die digitale Lernplattform so bestückt, dass jede Schülerin und jeder Schüler jederzeit zu Hause weiterarbeiten kann. Dazu gehört passendes Material, aber

auch das Einsprechen von Inhalten. Da bei uns im Unterricht nicht alle dasselbe lernen, ist das nicht ganz ohne.

E&W: Wie klappt denn das Distanzlernen mit Ihrer heterogenen Schülerschaft?

Vanin: Die Lage ist für sie in der Schule wie digital eine Riesenherausforderung. Im Unterricht sitzen Schülerinnen und Schüler, die immens von gemeinsamem Lernen profitieren, nun mit ihren Rechenschiebern und Holzwürfeln allein da, weil diese nur noch von einem angefasst werden dürfen. Und digital fällt eine ganze Reihe Dimensionen weg: Gebärden oder Hautkontakte etwa.

E&W: Verbietet sich das mit den Hautkontakten nicht ohnehin?

Vanin: Wie soll das gehen? Bei ehrlicher Betrachtung gar nicht. Wir haben vier Kohorten von der 1. bis zur



Alexandra Vanin

4. Klasse, die in getrennten Häusern lernen und lehren, und sich möglichst wenig – und dann nur mit Maske – begegnen. Innerhalb der Häuser können und müssen wir angesichts des Alters und des Förder- und Betreuungsbedarfs der Kinder keine Abstandregeln einhalten – jedenfalls bis jetzt, Anfang November. Natürlich ist das schwierig, und wir gehen im Kollegium offen damit um. Nur eine Alternative sehen wir nicht.

E&W: In dieser besonderen Zeit haben Sie für Ihre inklusive Arbeit den Deutschen Schulpreis erhalten.

Vanin: Ja, so wurde das erzählt, und das freut uns auch. Allerdings verstehen wir uns gar nicht im herkömmlichen Sinne als inklusive Schule. Sondern als eine, zu deren Selbstverständnis gehört, jedes Kind individuell zu begleiten.

E&W: Ist das nicht inklusives Lernen?

Vanin: Wir finden: ja. Oft wird darunter aber doch das "Irgendwie-Einbauen" von Kindern mit Beeinträchtigungen bezeichnet. Bei uns sind das keine zusätzlichen Kinder. Wir schauen bei jedem Kind – vom hochbegabten bis zu dem mit dem Förderstatus Geistige Entwicklung –, was es mitbringt und wie wir ihm gerecht werden. Um das umzusetzen, haben wir alle gleichschrittigen Strukturen abgeschafft: Es gibt keinen 45-Minuten-Takt, keinen Frontalunterricht und kaum Kinder, die zur gleichen Zeit das Gleiche tun.



Die Otfried-Preußler-Schule in Hannover hat den mit 100.000 Euro dotierten Deutschen Schulpreis 2020 gewonnen. Überzeugt hat die Jury das gute Miteinander an der Schule.

E&W: Außer Klassenarbeiten zu schreiben, wenn auch mit individualisierten Aufgaben ... oder?

Vanin: Auch das nicht. Alle Schülerinnen und Schüler arbeiten nach einem individuellen Plan und halten an einem "Lernrad" fest, wo sie stehen. So machen wir möglich, dass ein Kind in Deutsch Bücher der 4. Klasse liest, in Mathe aber noch in der 1. Klasse ist. Auf dieser Basis absolviert es in jedem Quartal eine Lernstandskontrolle – zu einem selbst gewählten Zeitpunkt, der mit den Lehrkräften besprochen wird.

E&W: Oft heißt es, die intrinsische Motivation, die es für so ein selbstreguliertes Lernen braucht, brächten bestenfalls Kinder aus akademischen Elternhäusern auf.

Vanin: Das halte ich für eine bösartige Unterstellung; ebenso wie wenn man Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht zutraut, ihren Job ordentlich zu machen und ihnen ständig einen "Schatten" zur Seite stellt. Lernen ist in jedem Kind verankert. Natürlich gibt es Schülerinnen und Schüler, die mehr und weniger Struktur, größere und kleinere Lernportionen benötigen. Auch dass ein Kind sich wegduckt, kommt vor. Das Wichtigste aber sind wir Lehrkräfte: Es muss uns gelingen, mit jedem einzelnen Kind Ziele zu entwickeln, die zugleich eine Herausforderung und erreichbar sind.

E&W: Können Sie Ihren Weg zu einer inklusiven Schule – kurz – beschreiben?

Vanin: Begonnen haben wir ganz klein: mit einer Integrationsklasse, deren Lehrkräfte fortan bei Dienstbesprechungen über den Stand berichteten. Nach und nach gingen Kolleginnen und Kollegen dort hospitieren. Als nächsten Schritt haben wir eine Fachkonferenz Inklusion gegründet. Die Teilnahme war freiwillig, wir wollten das niemandem überstülpen. Es wollten aber schnell immer mehr dabei sein, weil der Prozess als Chance erlebt wurde: Wie wollen wir uns selbst organisieren? Wie können wir am besten

in Teams arbeiten? Wie schaffen wir eine gleichberechtigte Teilhabe aller Kinder? Das sind ja spannende Fragen.

E&W: Hatten Sie Hilfe von außen?

Vanin: Wenn es möglich war, haben wir Schulentwicklungsberater oder andere Referenten eingeladen. Der Rahmen war allerdings so begrenzt, wie die Ressourcen es sind.

E&W: Und die Kolleginnen und Kollegen sind alle dabeigeblieben?

Vanin: Ja, in zehn Jahren gab es keine einzige Versetzung. Ich denke, es ist uns gelungen, ein Modell zu entwickeln, das alle mitgenommen hat und weiterhin mitnimmt. Zum Beispiel haben wir eine Zukunftswerkstatt veranstaltet, in der alle Lehrkräfte formulierten, welche kindgerechte Pädagogik sie sich wünschen, Traumschlösser eingeschlossen. Möglichst viel davon umzusetzen, war ein Auftrag, den wir in der Schulleitung sehr ernstgenommen haben. Ein Bällebad auf dem Dachgarten oder mehr Männer im Schuldienst lagen nicht in unserer Macht. Doch was ging, haben wir gemacht, dabei half, dass ich mich mit meiner Stellvertreterin gezielt zusammen beworben habe. Wir kannten uns von einer anderen Schule und hatten fest im Blick, etwas Neues zu versuchen. Dabei haben wir akzeptiert, dass zu jedem Schritt nach vorn ein halber zurück gehört. Was zu schnell geht, wird auch einmal unterbrochen.

E&W: Woran merken Sie das?

Vanin: Am deutlichsten bei einer jährlichen schulinternen Mitarbeiterfortbildung. Auf dieser besprechen wir, wo wir stehen, was gut und weniger gut klappt, und fragen, ob wir unsere Ziele anpassen müssen. Eine solche Verständigung über unsere Werte und Haltungen erneuert zudem immer wieder unser Fundament. Und sie bindet Kolleginnen und Kollegen ein, die noch nicht so lange da sind.

E&W: Wie vereinbaren Sie all das mit Ihrer Arbeitszeit?

Vanin: Im Großen und Ganzen schaffen wir es im Rahmen der geltenden Arbeitszeitregelungen. Das bedeutet nicht, dass es nicht Phasen gibt, die mehr und weniger arbeitsintensiv sind. Doch die Zufriedenheit ist groß, alle erleben den hohen Grad an Teamarbeit und Beteiligung als enorm effizient und gewinnbringend. Das liegt sicher auch daran, dass wir zusätzliche Ebenen der Kommunikation geschaffen haben, die dafür sorgen, dass alle mitgestalten können.

E&W: Bekommen Sie viele zusätzliche Stunden, weil sie viele Kinder mit Förderstatus haben?

Vanin: Nein! Die Zuschreibung für Förderschülerinnen und -schüler im Land Niedersachsen ist furchtbar. Es gibt zwei zusätzliche Stunden pro Klasse und Woche – nicht etwa pro Schülerin oder Schüler. Die einzige Ausnahme sind Kinder mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung mit fünf Stunden pro Kind. Was wir haben, sind Schulassistentinnen und -assistenten sowie andere pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, teils auch junge Menschen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr machen. Wir mobilisieren jede und jeden, der oder die Lust auf Kinder und Teamarbeit hat - und den wir bezahlen können.

E&W: Stimmen denn die Räume?

Vanin: Ein klares Ja! Vor vier Jahren hat die Stadt Hannover für uns das erste barrierefreie, voll inklusive Schulgebäude errichtet. Seither haben wir vier separate, mit Fahrstühlen ausgestattete Häuser, es gibt Ergo-Räume, Wickelmöglichkeiten und vieles mehr. Und das hat uns allen das Lernen und Lehren wirklich erleichtert.

Interview: Jeannette Goddar, freie Journalistin

wordpress.nibis.de/opgs

Beamtendarlehen 10.000 € -120.000 €

Vorteilszins für den öffent. Dienst

Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig

10800 - 1000 500 Free Call

Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit

- Unser bester Zins aller Zeiten - Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 Lfz. 120 Monate, 2.50% eff. Jahreszins, fester Sollzins, 2.47% p.a., mtl. Rate 47.70 €, Gesambetrag 56.484. € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

2,500/0 effektiver Jahreszins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484. € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität. Superchance um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen. Unser neuer und bester Zins aller Zeiten pack visus verschaften.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen



Der lange Weg zu "JA13"

// Seit Mitte November werden Grundschullehrkräfte nicht mehr bezahlt - iedenfalls wenn man ihre Besoldung bzw. ihre Gehälter mit der Bezahlung von Lehrkräften an anderen Schulformen vergleicht. Nach wie vor werden sie in vielen Bundesländern als **Beamtinnen und Beamte nach** A12 besoldet bzw. als Angestellte nach E11 bezahlt und verdienen damit deutlich weniger als beispielsweise ihre Kolleginnen und Kollegen an Gymnasien, die A13 oder E13 erhalten. Schlechter bezahlt werden teilweise auch Lehrkräfte der Sekundarstufe I. //

Die unterschiedliche Bezahlung sei eine mittelbare Diskriminierung von Frauen aufgrund des Geschlechts, ergab ein Rechtsgutachten*, das die GEW 2016 veröffentlicht hat. Über 90 Prozent der Lehrkräfte an Grundschulen sind Frauen. Sie müssen jeden Monat auf 400 bis 650 Euro brutto verzichten und arbeiten so rein rechnerisch die letzten sieben bis acht Wochen des Jahres umsonst. Die immer wieder vorgebrachte Begründung für die geringere Bezahlung, dass die überwiegend päda-

gogische Arbeit der Grundschullehrkräfte geringere Anforderungen stelle als Berufsvorbereitung und Wissensvermittlung an weiterführenden Schulen, sei haltlos, so die Gutachterinnen. Auch das im Beamtenrecht ver-

ankerte Abstandsgebot könne

nicht herangezogen werden, um die schlechtere Besoldung zu begründen. Seit Mitte der 2010er-Jahre macht die GEW jährlich im November mit Aktionen auf diese Diskriminierung aufmerksam. "Als Erstes fing der Landesverband Hessen 2015 damit an", sagt Frauke Gützkow, die im GEW-Vorstand für Frauenpolitik verantwortlich ist. Erfolge der GEW-Kampagne gab es bereits in mehreren Bundesländern. Unter dem Motto "JA13" wird jetzt verstärkt



Mit der bundesweiten "JA13"-Kampagne setzte sich die GEW vom 9. bis 20. November für die gleiche Bezahlung aller vollausgebildeten Lehrkräfte in den Schulen ein.

in all jenen Bundesländern mobilisiert, in denen es noch keinen Durchbruch gab. "Wir machen damit deutlich, dass die Unzufriedenheit groß ist und wir beharrlich dranbleiben", betont Gützkow.

GEW: viel erreicht

Bildung. Weiter denken!

Inzwischen hat sich einiges getan. In fünf Bundesländern – Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vor-

irg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern (seit diesem Schuliahr) und Sachsen – werden

Grundschullehrkräfte
mittlerweile nach A13/
E13 bezahlt. In SchleswigHolstein wird Schritt für
Schritt ein Stufenplan
umgesetzt, nach dem alle
Lehrkräfte an Grundschulen

ab 2025 nach A13 besoldet wer-

den. In Niedersachsen wird eine Zulage gezahlt. In Hamburg läuft derzeit der Gesetzgebungsprozess zur Umsetzung von A13Z (Z für Zulage). Der Entwurf sieht ein dreistufiges Verfahren vor, das im August 2021 starten und zwei Jahre später abgeschlossen sein soll. Acht Länder haben die Ausbildungen der Lehrkräfte angeglichen und so die überkommene Vorstellung abgeräumt, dass eine kürzere Studiendauer von Grundschullehrkräften gegenüber anderen

Lehrämtern die schlechtere Bezahlung rechtfertige. In neun Ländern bekommen alle Lehrkräfte der Sekundarstufe I A13 bzw. E13, in vier Ländern zumindest ein Teil von ihnen.

"Wir hatten in den vergangenen Jahren einen guten Lauf und haben viel erreicht", sagt Gesa Bruno-Latocha, Referentin im GEW-Arbeitsbereich Tarifund Beamtenpolitik. Allerdings drohe dies nun ins Stocken zu geraten. "Durch Corona werden die Haushaltsmittel knapper", sagt sie.

In neun Bundesländern wird weiterhin nach A12/E11 bezahlt, unter anderem in den großen Ländern im Süden und Westen: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. In Niedersachsen wurde ab diesem Schuljahr für Grund-, Haupt- und Realschulen jedoch eine allgemeine Zulage zu A12 eingeführt. Dies war als erster Schritt in Richtung Angleichung gedacht. Doch seit Ausbruch der Corona-Krise hat das CDU-geführte Finanzministerium alle Vorhaben auf den Prüfstand gestellt. In Rheinland-Pfalz war es Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD), die sich gegen eine Anhebung auf A13 positioniert hat, während sich der Landtag im Mai 2020 einstimmig dafür aussprach. In Sachsen-Anhalt erteilte CDU-Finanzminister

Michael Ritter einer Bezahlung nach A13 eine Absage; daran dürfte sich bis zur Landtagswahl im Juni 2021 kaum etwas ändern. In Thüringen kündigten die Regierungsparteien Linke, SPD und Grüne eine Anhebung auf A13 an - auch die CDU-Fraktion ist dafür, Finanzministerin Heike Taubert (SPD) hat dies im Juli 2020 jedoch abgelehnt.

Schwierig ist die Situation auch in Nordrhein-Westfalen. Hier werden neben den Lehrkräften an Grundschulen auch die an Real- und Hauptschulen bislang nach A12 bezahlt. 2017 kündigte FDP-Landesschulministerin Yvonne Gebauer zwar an, dass alle Lehrkräfte mit einem Masterabschluss künftig nach A13 bezahlt werden sollen. Dem folgte aber keine Gesetzesvorlage. Seit Anfang 2019 beschreiten Grundschullehrkräfte mit Unterstützung der GEW den Rechtsweg. Sie legten Widerspruch gegen ihren Besoldungsbescheid ein und beriefen sich dabei auf das GEW-Rechtsgutachten. Ein Urteil steht noch aus. Die Landesregierung hat im August 2020 einen "Masterplan Grundschule" vorgestellt, der jedoch nur für 5 Prozent der Grundschulstellen Beförderungen vorsieht.

Großer Lehrkräftemangel

Dass sich dennoch etwas getan hat, liegt auch am Lehrkräftemangel, der gerade an Grundschulen besonders groß ist. Die Länder sind im Zugzwang, sie müssen sich etwas einfallen lassen. Nicht umsonst heißt das Gesetz zur Angleichung an A13 in Schleswig-Holstein "Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Lehramts an Grundschulen".

Einen anderen Weg, den Mangel zu beheben, geht Bayern. Kultusminister Michael Piazolo (Freie Wähler) will Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen (früher Hauptschulen) länger arbeiten lassen; Sabbaticals werden nicht mehr

genehmigt. In Hessen erhalten Gymnasiallehrkräfte über Abordnungen an Grundschulen eine bevorzugte Einstellung in den Schuldienst. Auch das Saarland setzt Lehrkräfte aus anderen Schulformen ein.

Ob dies genügen wird, ist fraglich. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung von 2019 fehlen bis 2025 rund 25.000 Grundschullehrkräfte, die Kultusministerkonferenz geht von einer Lücke von lediglich rund 11.000 Lehrkräften aus.

Verena Kern. stellvertretende Chefredakteurin des Online-Magazins klimareporter°

www.gew.de/ja13

*E. Kocher, S. Porsche, J. Wenckebach: Mittelbare Geschlechtsdiskriminierung bei der Besoldung von Grundschullehrkräften nach A 12. Frankfurt a. M., 2016

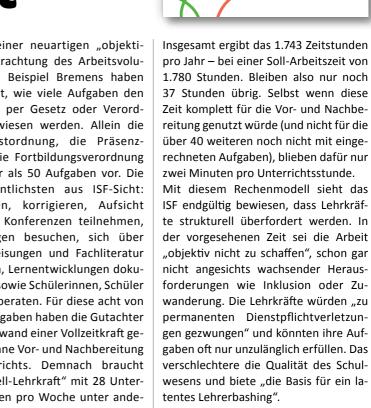


"Hochgradig gefährdet"

// "Zu viele Aufgaben, zu wenig Zeit: Überlastung von Lehrkräften in der Grundschule." So lautet der Titel (und zugleich die Kernaussage) eines Gutachtens, das ein Bremer Forschungsinstitut im **Auftrag des Grundschulverbands** (GSV) erarbeitet hat. Die Gutachter fordern unter anderem, in den Grundschulen die Noten abzuschaffen und bei Inklusion eine ständige Doppelbesetzung einzuführen. //

In den vergangenen 40 Jahren haben fast 3.000 wissenschaftliche Veröffentlichungen die Be- oder Überlastungen von Lehrkräften belegt, wie das Bremer "Institut für interdisziplinäre Schulforschung" (ISF) in seiner 112-Seiten-Studie schreibt.* Doch weitreichende Konsequenzen blieben bisher aus. Die ISF-Forscher Reiner Schölles, Hans-Georg Schönwälder, Gerhart Tiesler und Helmut Zachau sprechen deshalb von "Beton der Ignoranz" und "organisierter Verantwortungslosigkeit".

Neben der üblichen Befragung von Betroffenen arbeiten die Gutachter auch mit einer neuartigen "objektivierten Betrachtung des Arbeitsvolumens": Am Beispiel Bremens haben sie ermittelt, wie viele Aufgaben den Lehrkräften per Gesetz oder Verordnung zugewiesen werden. Allein die Lehrerdienstordnung, die Präsenzzeit- und die Fortbildungsverordnung sehen mehr als 50 Aufgaben vor. Die acht wesentlichsten aus ISF-Sicht: unterrichten, korrigieren, Aufsicht führen, an Konferenzen teilnehmen, Fortbildungen besuchen, sich über neue Anweisungen und Fachliteratur informieren. Lernentwicklungen dokumentieren sowie Schülerinnen, Schüler und Eltern beraten. Für diese acht von über 50 Aufgaben haben die Gutachter den Zeitaufwand einer Vollzeitkraft geschätzt – ohne Vor- und Nachbereitung des Unterrichts. Demnach braucht eine "Modell-Lehrkraft" mit 28 Unterrichtsstunden pro Woche unter anderem dreimal 20 Minuten für Pausenaufsichten und fünf Zeitstunden fürs Korrigieren von Hausaufgaben, Klassenarbeiten oder Wochenplänen. Hinzu kommt ein weiterer "Zeitfresser": die Wegezeiten in der Schule.



Zwang, Noten zu geben

Diese Befunde decken sich mit dem Überlastungsgefühl der Betroffenen. Die Gutachter haben - noch vor Corona -239 Lehrkräfte an zwölf Grundschulen in Bremen, Bayern und Nordrhein-Westfalen befragt und dabei eine "hohe Belastungswahrnehmung" festgestellt.

Bildung. Weiter denken!

Der "Spitzenstressor" ist demnach der Zwang zur Notengebung und Leistungseinordnung: Jede zweite Lehrkraft bezeichnet es als sehr belastend, Zeugnisse zu schreiben. Tagtäglich stört vor allem das undisziplinierte oder aggressive Verhalten einzelner Kinder. Zu den "Belastungsspitzen" zählen auch schwierige Familienverhältnisse, "Trägheit, Unvermögen und Anspruchshaltung mancher Eltern", zu große Klassen, Lärm und Bürokratie. Die Zusammenarbeit im Kollegium wird zwar als zeitaufwändig wahrgenommen, aber auch als psychisch entlastend. Trotz aller Probleme: "Die Motivation und das Engagement sind hoch", schrei-



Die Politik hat Lehrkräften an Grundschulen so viele Aufgaben zugeschrieben, dass pro Unterrichtsstunde rein rechnerisch höchstens zwei Minuten Zeit für die Vor- und Nachbereitung bleiben.

ben die Gutachter. Nur hätten die Befragten oft das Gefühl, ihren Ansprüchen nicht gerecht werden zu können.

Empathie fördern

Zu dem Gutachten gehören auch Handlungsempfehlungen:

- Die Kultusministerkonferenz (KMK) sollte Zeitbudgets für die pädagogischen Kernaufgaben der Lehrkräfte festlegen. Alle anderen Aufgaben seien möglichst anderen Beschäftigtengruppen zuzuteilen. Außerdem sollte die KMK wegen der "hochgradigen Gefährdung der Gesundheit der Grundschullehrerinnen" einen Gesundheitsgipfel einberufen.
- Die Schulen brauchten flache Hierarchien, kollegiale Zusammenarbeit und möglichst große Entscheidungsbefugnis der Lehrkräfte. Ein Mitglied der Schulleitung sollte speziell für die Verwaltung zuständig sein.
- Für die Inklusion sei eine durchgängige Doppelbesetzung nötig.

- An den Grundschulen sollten keine Noten mehr vergeben werden. Die "Praxis der destruktiven Testeritis" müsse umgehend enden.
- Die meist bildungsbürgerlich geprägten Kollegien sollten gezielt dabei gefördert werden, ihre multikulturelle Empathie zu erweitern.
- Bei baulichen Problemen mit Lärm und Luftqualität sollte das Gesundheitsamt eingeschaltet werden. Außerdem empfehlen die Gutachter, leiseres Verhalten einzuüben und regelmäßig zu lüften, in Nicht-Corona-Zeiten zum Beispiel für zwei Minuten in der Mitte der Stunde.
- "Kollegien und Schulleitungen sollten zur eigenen rechtlichen Absicherung Überlasanzeigen an den Dienstherrn stellen." Auch Musterklagen vor den Arbeitsgerichten seien möglich.

Die GEW sieht durch die Untersuchung ihre Forderungen bestätigt, die Pflichtstundenzahl zu senken, die Schulleitun-

gen zu entlasten und Unterstützungssysteme wie den schulpsychologischen Dienst oder Supervisionen auszubauen. "Die politisch Verantwortlichen", sagt GEW-Vorstandsmitglied Schule Ilka Hoffmann, "haben immer noch nicht wahrgenommen, dass sich die Zeiten und vor allem auch die pädagogischen Herausforderungen geändert haben." Den Schulen dürften nicht immer mehr Aufgaben aufgebürdet werden, ohne die Lehrkräfte an anderen Stellen zu entlasten.

Eckhard Stengel, freier Journalist

*R. Schölles, H.-G. Schönwälder, G. Tiesler, H. Zachau: Zu viele Aufgaben, zu wenig Zeit: Überlastung von Lehrkräften in der Grundschule. Gutachten zur Arbeitssituation in der Grundschule im Auftrag des Grundschulverbandes. Frankfurt a. M., 2020, 112 S.



Hauptsache billig?

// Patrick Niemann von der Christlichen Initiative Romero über erschöpfte Arbeiterinnen und Arbeiter in chinesischen Spielzeugfabriken, eine aktuelle Recherche – und woran fair erzeugte Puppen oder Plüschtiere zu erkennen sind. //

E&W: Herr Niemann, wie "fair" wird Spielzeug hergestellt – auf einer Notenskala von 1 bis 6?

Patrick Niemann: Das kommt darauf an, wohin man schaut. Den meisten Fabriken in Asien – von dort kommt das Gros der Spielzeuge – würde ich allenfalls die Note 5 geben, also ein Mangelhaft.

E&W: Warum?

Niemann: Weil in der Spielzeugherstellung so viel schiefläuft. Das belegt auch der aktuelle Toys Report der Nichtregierungsorganisation China Labor Watch, kurz CLW. Zwar gibt es auch die High-Tech-Produktion mit hochqualifizierten Fachkräften. Doch in der Spielzeugherstellung arbeiten eher gering Qualifizierte – unter teils schlimmen Bedingungen. In China lassen Disney, Mattel, aber auch deutsche Firmen wie Schleich, Simba Dickie oder

Ravensburger billig produzieren. Den Preis zahlen die schlecht entlohnten Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken. Auch wissen die wenigsten Verbraucherinnen und Verbraucher bei uns, dass viele Betroffene ohne Schutzkleidung mit giftigen Klebstoffen oder benzolhaltigen Reinigungsmitteln hantieren müssen.

E&W: Der Toys Report prangert auch sexuelle Belästigung in den Fabriken an.

Niemann: Schon der vorletzte Toys Report hat in der Fabrik "Foshan Mattel" offengelegt, dass beim Zulieferer des nach Lego und Hasbro drittgrößten Spielzeugherstellers Mattel Mitarbeitende verbal und körperlich belästigt wurden. Bislang hat Mattel nichts unternommen hat, um das zu ändern. Wenn Mattel im Rahmen seiner Diversity-Kampagne jetzt Barbie-Puppen ohne Haare oder einen Ken mit langem Haar anbietet, hat das wenig mit Feminismus und Frauenrechten zu tun. Das ist schlicht eine Marketing-Strategie, um neue Käuferinnen und Käufer zu finden. E&W: Die neue Studie kritisiert die niedrigen Löhne - vom Erlös einer Barbie-Puppe lande nur ein Bruchteil in den Lohntüten der Arbeitenden.



Patrick Niemann

Niemann: Ja. Die Fabriken zahlen zwar fast alle den chinesischen gesetzlichen Mindestlohn, der - je nach Stadt - bei umgerechnet etwa 230 bis 280 Euro pro Monat liegt. Aber das ist kein existenzsichernder Lohn. Nur mit oft 100 bis 120 Überstunden pro Monat kommen die Arbeiterinnen und Arbeiter über die Runden. In einige Fabriken leisten sie sogar bis zu 175 Extrastunden, etwa, wenn sie im Sommer für das Weihnachtsgeschäft produzieren. Dann stehen die Menschen bei Hitze bis zu 14 Stunden am Tag am Band. Damit kommen sie zwar auf etwa 450 bis 580 Euro im Monat und können in den teuren Industrieregionen überleben. Doch einige werden krank, weil sie so lange mit Giften arbeiten oder sich vor Müdigkeit verletzen.

E&W: Hat Covid-19 die Lage verschärft?

Niemann: Das lässt sich noch nicht beurteilen. Die Fabriken öffneten recht früh wieder. Aber natürlich blieben die Beschäftigten einige Wochen ohne Ein-

E&W: Welche Schuld tragen Hersteller und Handel an den schlimmen Arbeitsbedingungen?

Niemann: Sie nehmen die Missstände seit Jahren achselzuckend zur Kenntnis oder schieben die Verantwortung an Fabriken und kaum wirksame Sozial-Programme ab. Oft üben die Marken über Lieferfristen und Abnahmepreise einen so großen Druck auf die Fabriken aus, dass diese die Arbeitsbedingungen häufig gar nicht verbessern können.

E&W: Muss die Branche mehr tun?

Niemann: Klar. Seit Jahren verzeichnet die Spielzeugbranche Rekordumsätze von jährlich mehr als drei Milliarden



Unterrichtsmaterial:

- Toys report 2020 unter www.ci-romero.de/spielzeug
- Infos (un)faires Spielzeug liefert "Fair einkaufen, aber wie?", Verlag Brandes & Apsel, 2019
- Unterrichtsmaterial gibt es über das Netzwerk Faire Schule und die NGO Weed (www.weed-online.org). Für Gruppenarbeit sind der Toys Report und das Dossier "Unternehmensverantwortung in der deutschen Spielzeugindustrie" der Initiative Romero ideal. Zur fairen Beschaffung von Spielzeug liefert das Netzwerk faire-kita-nrw.de Ideen für die 1. und 2. Klassen. Ältere Klassen können im Archiv von China Labor Watch (www.chinalaborwatch.org) recherchieren.

Euro allein in Deutschland. Davon kommt wenig bei den Fabrikarbeitenden an. Zwar rühmen sich viele Unternehmen damit, nachhaltig zu sein. Doch einige verstehen darunter wohl ausschließlich die wirtschaftliche Nachhaltigkeit!

E&W: Wirkt die Selbstverpflichtung der Branche, keine Menschen auszubeuten?

Niemann: Nein, Hersteller und Handel verweisen bei ihren Lieferketten zwar gerne auf Industrie-Programme wie das Ethical Toy Program (ETP) des Weltspielwarenverbandes oder auf die Business Social Compliance Initiative (BSCI). Doch beide Programme konnten schwere Arbeitsrechtsverletzungen bislang nicht verhindern - so viel zur Wirksamkeit von industrieabhängigen Audits!

E&W: Ändert sich das bald? Im Sommer wurde die Fair Toys Organisation in Nürnberg gegründet.

Niemann: Ja, zusammen mit ambitionierten Unternehmen und unseren Partnern vom Nürnberger Bündnis Fair Toys entwickeln wir glaubwürdige Kriterien für eine faire und umweltfreundliche Spielzeug-Lieferkette. Wir hoffen zudem, in zwei bis drei Jahren ein Unternehmenssiegel einzuführen. Vorbild ist die Fair Wear Foundation aus der Modebranche. Das gesamte Unternehmen und seine gesamte Lieferkette würden dann überprüft. In der Fair Toys Organisation sitzt die Zivilgesellschaft gleichberechtigt mit den Firmen Haba, Heunec, Sigikid und Zapf Creation im Vorstand. Jüngst sind der Deutsche Verband der Spielwarenindustrie (DVSI) und Fischertechnik eingestiegen. Ansonsten ist die Resonanz der Industrie und des Handels wirklich ausbaufähig!

E&W: Woran erkennen Eltern oder Kita-Träger derzeit fair und umweltfreundlich erzeugtes Spiel-

Niemann: Das ist echt eine Sisvphusarbeit. Eltern können bei textilem Spielzeug und Holzspielzeug auf Siegel wie Naturtextil IVN zertifiziert BEST oder FSC achten, fair erzeugte Produkte in den Weltläden kaufen oder Spielzeug tauschen. Aber darüber hinaus wird es schwierig. Nichtssagend ist der Hinweis "Made in Germany" auf der Verpackung. Hierfür reicht die Endmontage in Deutschland aus. Auch das CE- und GS-Zeichen weisen weder auf Herstellungsort noch Arbeitsbedingungen hin.

E&W: Ist Spielzeug von Herstellern in Deutschland sozial und ökologisch sauberer?

Niemann: Das lässt sich pauschal kaum beantworten. Die Lieferketten sind viel zu verzweigt und intransparent. Bei Firmen wie Bruder Spielwaren, Playmobil und Fischertechnik wissen wir, dass sie vorwiegend in Deutschland und der Europäischen Union endfertigen lassen. Doch wo und wie die Vorprodukte entstanden sind, ist oft nicht klar. Und die Löhne in Bulgarien und Rumänien sind teils noch schlechter als in China.

Interview: Martina Hahn, freie Journalistin



Am 23. April ist Welttag des Buches. Auch 2021 findet die bundesweite Schulaktion "Ich schenk dir eine Geschichte" für 4. und 5. Klassen statt. Gegen Vorlage eines Gutscheins erhält jedes Kind im Buchhandel ein Exemplar des Comicromans "Biber undercover", verfasst von Rüdiger Bertram und illustriert von Timo Grubing. Alle Lehrkräfte bekommen außerdem begleitendes Unterrichtsmaterial.

Bestellen Sie die Buch-Gutscheine für Ihre Klassen bis 31. Januar 2021 unter www.welttag-des-buches.de.





Deutsche Post 💢



und die Kultusministerien aller Länder





"Ein Jahr bringt gar nichts"

// Wissenschaft und pädagogische Praxis agieren beim Thema sprachliche Bildung offenbar oft aneinander vorbei. Zudem sollte Sprachbildung noch stärker schon in der Kita beginnen. So lauten zwei zentrale Erkenntnisse des Bildungspolitischen Forums 2020. //

Die Zahlen sind alarmierend: Elternbefragungen zufolge hat etwa jedes fünfte Kind, das jünger als fünf Jahre ist, einen Sprachförderbedarf. In der Schule verfügt bis zu einem Viertel aller Schülerinnen und Schüler nicht über die nötigen sprachlichen Kompetenzen, um dem Unterricht folgen zu können. Und 6,2 Millionen Erwachsene können gar nicht oder nur einfache Sätze lesen und schreiben. Das hat nicht nur gravierende Folgen für den Bildungserfolg und das Berufsleben, sondern auch für die gesellschaftliche Teilhabe (s. E&W 11/2020).

Fachleute fordern daher eine Gesamtstrategie zur durchgängigen sprachlichen Bildung – von der Kita über die Schule bis zur Erwachsenenbildung und unter Einbeziehung digitaler Medien. Bisher gebe es in den Bundesländern vor allem Einzelprojekte und Ad-hoc-Maßnahmen. Beim virtuellen Bildungspolitischen Forum "Gute sprachliche Bildung" im Oktober legten die Sprechergruppe des Leibniz-Forschungsnetzwerks Bildungspotenziale (LERN) und die Organisatoren des Forums ein entsprechendes Eckpunktepapier vor.

Fragile Erfolge

Zwar steht sprachliche Bildung seit vielen Jahren auf der bildungspolitischen Agenda. "Die Erfolge sind aber längst nicht so groß wie erhofft", betonte LERN-Sprecher Marcus Hasselhorn, Direktor der Abteilung Bildung und Entwicklung beim Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation (DIPF). Bisher Erreichtes sei zudem "sehr fragil" – und durch fehlende sprachliche Kontakte während der Co-

ronakrise derzeit wieder in Gefahr, sagte Michael Becker-Mrotzek, Direktor des Mercator-Instituts für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache. Flüssiges Lesen und Schreiben seien indes enorm wichtig, da sie Voraussetzung für das Lernen auch in anderen Unterrichtsfächern sind.

Die Autorinnen und Autoren empfehlen in ihrem Positionspapier, pädagogische Fachkräfte gezielter fortzubilden und wissenschaftliche Expertise mehr einzubeziehen. Zudem seien die Diagnostik der Sprachentwicklung jedes Kindes schon in der Kita, sprachsensibler Unterricht in allen Schulfächern und eine stärkere Integration von Mehrsprachigkeit notwendig. Im Falle von Distanzunterricht sollten digitale Lese- und Schreibtrainings genutzt werden. Die sprachliche Grundbildung Erwachsener müsse auf Alltagssituationen wie das Lesen von Fahrplänen oder das Schreiben an eine Behörde vorbereiten.

BILDUNGSPOLITIK 43

Im Dialog und in drei Foren wurde beraten, wie all dies gelingen könne. Konkrete Themen waren unter anderem Fördermaßnahmen in der frühen sprachlichen Bildung, Sprachbildung im Fachunterricht, evidenzbasierte Leseförderung sowie die sprachliche Entwicklung neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler.

Mehr Unterstützung

Dabei fiel immer wieder ein Begriff: "Transferproblematik". Konkret bedeutet das: Zwar gibt es viele als wirksam bewertete Angebote zur Sprachbildung, aber unklar ist, wann diese auch in Kitas und Schulen ankommen – und wann nicht. "Wir wissen sehr gut, was funktioniert, aber wie bekommen wir das umgesetzt?", erläuterte Petra Stanat, Direktorin des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) an der Berliner Humboldt-Universität.

Elmar Souvignier, wissenschaftlicher Leiter der Arbeitseinheit Diagnostik und Evaluation im schulischen Kontext an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, analysierte: "Die Konzepte und Programme in ihrer vorliegenden Form scheinen nicht in den schulischen Alltag zu passen." Damit stelle sich die Frage, welche Unterstützung Lehrkräfte konkret benötigten, um Fördermethoden in den schulischen Alltag übernehmen zu können, und welche Anpassungen erfolgen müssten. Dazu sei mehr begleitende praxisorientierte Forschung notwendig.

Nicole Marx, Professorin für Sprachliche Bildung und Deutsch als Zweitsprache an der Universität Köln, ergänzte, die Erforschung der Lerngruppe der neu Zugewanderten sei wegen deren Heterogenität schwierig und daher noch sehr lückenhaft. Erfahrungen aus dem Ausland zeigten jedoch, dass es zehn Jahre und länger dauern könne, bis diese Lernenden den Stand der Regelschülerinnen und -schüler erreicht hätten. Zentral für die erfolgreiche sprachliche Bildung

neu Zugewanderter sei daher eine längerfristige Planung mit anhaltenden Unterstützungsangeboten: "Ein Jahr bringt gar nichts."

Doch nicht nur Wissenschaft und Praxis, auch Kita und Schule müssen sich nach Ansicht vieler Referentinnen und Referenten stärker annähern. Stanat betonte, Kinder müssten noch besser vorbereitet in die Schule kommen. Martina Diedrich, Direktorin des Instituts für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung (IfBQ) in Hamburg, sagte, mit jedem zusätzlichen Kitajahr sinke der Sprachförderbedarf. Ein wissenschaftlicher Zugriff auf das, was in den Kitas passiere, fehle jedoch. "Da würde ich mir ein Monitoring wünschen. Wir müssen uns trauen. auch in Kitas mit einem anderen empirischen Anspruch zu gehen." An vielen Stellen der Veranstaltung wurde derweil sichtbar, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und nicht Lehrkräfte oder Erzieherinnen und Erzieher diskutierten. "Wir müssen die abstrakte Flughöhe runterbrechen", bilanzierten die Referierenden selbst. Der Deutschdidaktiker Thomas Lindauer von der Fachhochschule Nordwestschweiz gab zu bedenken, dass weiter steigende Anforderungen an Kita-Fachkräfte auch Fragen des Status' und der Bezahlung nach sich zögen. Stanat räumte bei der geforderten stärkeren Integration der Mehrsprachigkeit in den Unterricht ein: "Lehrkräfte, die 15 bis 20 verschiedene Herkunftssprachen vor sich versammelt haben, darf man auch nicht überfordern." Souvignier zufolge benötigen Schulen möglicherweise mehr Unterstützung oder sogar Steuerung durch die Bildungspolitik. Ähnlich betonte Lindauer: "Sprachliche Bildung ist Aufgabe des ganzen Systems, nicht nur der Deutschlehrkräfte."

Nadine Emmerich, freie Journalistin

https://bpf20.livecdn.de





Wer wir sind



World University Service (WUS) ist eine 1920 gegründete internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland ist eines von weltweit über 50 Komitees, die sich gemeinsam für das Menschenrecht auf Bildung einsetzen.

Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika



WUS unterstützt ausländische Studierende durch Lobbyarbeit, berufliche Orientierung und Reintegration sowie durch

das Studienbegleitprogramm STUBE Hessen und das Portal Hessische Hochschulen im Nord-Süd-Kontext.

Globales Lernen



Die Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd vernetzt nicht-staatliche und staatliche Akteur*innen zu entwicklungspolitischer Bildung.

Das **Portal Globales Lernen** hält Informationen und Bildungsangebote zum Globalen Lernen bereit.

Das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** präsentiert im Auftrag der 16 Deutschen Länder deren ent-

wicklungspolitische Ziele und Aktivitäten.

Das Projekt **Grenzenlos - Globales Lernen in der beruflichen Bildung** vermittelt Lehrkooperationen mit Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika an berufsbildende Schulen.

Der **WUS-Förderpreis** zeichnet Studienabschlussarbeiten aus, die ausgewählte Themen der 17 Nachhaltigkeitsziele behandeln.

www.wusgermany.de



Obszön hohe Militärausgaben

(E&W 10/2020, Seite 6 ff.: Schwerpunkt Tarifrunde Bund und Kommunen)

Die Berichte, die begründen, warum in den Tarifauseinandersetzungen und in der Bildungsfinanzierung mehr Geld in die Hand genommen werden muss, erhalten noch mehr Kraft, wenn die Gewerkschaft die Gewichtung verschiedener Posten im Bundesetat kritisiert: Un-



ter Verweis auf Russland rechtfertigt die NATO ihre Hochrüstung, die im Bundesetat in der Nähe von 50 Milliarden Euro zu Buche schlägt.

Gleichzeitig stagnieren oder sinken die Ausgaben für Bildung und Forschung. Diese skandalöse Haushaltspolitik wird mit der russischen Rüstung begründet, die eine Steigerung der Rüstungsausgaben in Deutschland auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erforderlich mache, also die weitere Steigerung um ein Viertel des aktuellen Etatansatzes. Diese Begründung ist verlogen, wie ein genauer Blick auf die Zahlen zeigt: Die NATO verbrennt ein 15-faches der Militärausgaben Russlands für den Militärsektor der Allianz-Staaten. Das summiert sich auf die Hälfte der obszön hohen Weltrüstungsausgaben. Was dadurch an Ressourcen fehlt, ist ein Diebstahl am Reichtum und an den Möglichkeiten der Menschheit - nicht nur in unserem Land. Und die Begründung für diesen Skandal ist nicht tragfähig. Deshalb hören wir ständig von den Menschenrechtsverletzungen hinter der Ostgrenze der NATO, aber wenig von solchen Verbrechen der Partner der NATO.

Bernhard Trautvetter, Essen

Der Schein trügt

(E&W 10/2020, Seite 18 ff.: "Gut geleitet durch die Krise")

Zugegeben: Es tat schon weh! Ausgerechnet in der GEW-Zeitschrift las ich über den doch so gelungenen Start unserer Grundschule in den Corona-Lockdown am 16. März – initiiert durch unsere Schulleiterin. Dabei blieb es dann aber auch. Seitdem ist sie im Homeoffice tätig, während Kollegium

und Ganztag nun unter noch härteren Bedingungen den Schulalltag physisch vor Ort managen müssen.

Da wir gezwungenermaßen Konferenzen und Schulentwicklungsstunden nur noch per Videoschaltung abhalten können, ist eine offene Kommunikation deutlich erschwert. Entscheidungen und Anweisungen per Mail oder WhatsApp können schnell mal verschickt und erteilt werden, Absprachen entfallen. Unser Mitbestimmungsrecht ist zunehmend eingeschränkt. Durchaus im Sinne des Artikels: Corona offenbart nun die wahre Kommunikationsstruktur, vor allem, wenn sie schon vorher nicht gestimmt hat.

Ulla Senftleben, Kassel

Debatte verhärtet Fronten

(E&W 10/2020, Seite 32 f.: "Eine Arbeit, die nie enden darf"

Der gewaltsame Tod des schwarzen US-Amerikaners George Floyd hat in Europa die Debatte über Rassismus verstärkt. Auch die GEW widmet sich dieser Debatte, mehr oberflächlich, ohne Ross und Reiter näher zu benennen. Die rechtsradikalen Anschläge von Mölln und Solingen werden angesprochen, nicht jedoch jener Weihnachten 2016 in Berlin durch einen IS-Terroristen, der zwölf Menschen ermordete, darunter solche jüdischen Glaubens. Nur ansatzweise wird ein antisemitischer Angriff an einer Berliner Grundschule angesprochen.

Dass Menschen, sei es aufgrund unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft, sei es wegen anderer Lebensstile, als ungleich oder sogar als ungleichwertig betrachtet werden, dass sie in einer weiteren Stufe leider auch psychischen und physischen Übergriffen ausgesetzt sind, ist kein deutsches Phänomen. Vorurteile gegenüber vermeintlich Fremden, Ausgrenzung und Feindschaft bis zu Gewalt, gibt es leider weltweit!

Die Rassismusdebatte wird, da sie sehr scharf geführt wird, nicht dazu beitragen, Ungerechtigkeiten zu verringern. Im Gegenteil: Sie verhärtet die Fronten. Was uns fehlt, ist ein tatsächlicher Vermittlungsraum, in dem eine gesunde Streitkultur herrscht, in dem jeder seine Meinung ungehindert äußern kann. Ein Ort, an dem nur Argument gegen

Argument zählt, und nicht ständig moralisiert, geschrien wird, das nämlich führt nur zu einem Anwachsen radikaler Ränder. Voraussetzung hierfür ist die Bereitschaft, seine eigenen Ansichten in Frage zu stellen, denn mit wem sollte man diskutieren, wenn nicht mit Menschen, mit denen man politisch, religiös nicht einer Meinung ist.

Ulrich Bald, Hagen

Flüchtlingspolitik spaltet

(E&W 10/2020, Seite 48: "Diesmal")

Zum wiederholten Male fällt mir beim Lesen Ihrer Zeitschrift die Karikatur der letzten Seite unangenehm auf. Das angesprochene Thema Flüchtlingspolitik hat unser Land 2015/16 tief gespalten. Und dieser Zustand hält bis heute an. Er wird nur durch andere (temporäre) Missstände und Krisen überdeckt bzw. in den Hintergrund gedrängt. Wir haben die Folgen aus 2015/16 noch nicht mal ansatzweise bewältigt. Diese Aufgabe wird – wenn überhaupt – noch Jahre, wahrscheinlich eher Jahrzehnte dauern. Zwar vermitteln die spartanischen Bilder und Meldungen in den Medien - wie nicht anders zu erwarten positive Signale bzw. Tendenzen. Doch das sieht in der täglichen Praxis unserer Gesellschaft anders aus. Ich habe mich während der Flüchtlingskrise ziemlich engagiert, um hier angekommene Flüchtlinge gekümmert. Ein Großteil dieser Menschen wurde aber - aus meiner Sicht – weder politisch noch religiös in seiner Heimat verfolgt. In ganz überwiegendem Maße waren es wirtschaftliche Erwägungen, die diese Menschen antrieben. Damit sind sie aber eben keine anzuerkennenden Flüchtlinge. Das hat mittlerweile eine große Mehrheit in der "normalen" Bevölkerung verstanden - weil wahrscheinlich auch selbst erlebt/wahrgenommen. Der gewohnt bissige (oder besser gesagt: hämische) Sarkasmus des Karikaturisten Freimut Woessner geht daher ins Leere. Er vermittelt ein völlig falsches Bild unserer Gesellschaft. Nach meiner Einschätzung gibt es hierzulande keine (grundlegende) Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen. Denn die damit verbundenen Probleme sind immens. Dabei geht es mir nicht um die gigantischen Geldbeträge, die monatlich und über Jahre hinweg

dafür aufgewendet werden müssen. Sondern es geht um fehlende Akzeptanz, um Bildung von Parallelgesellschaften, um zunehmende Kriminalität, um fehlende Integration in den Arbeitsmarkt. Das fängt an bei immer noch deutlich wahrnehmbaren Defiziten in der Ausübung der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit, es geht weiter in der Anerkennung unserer kulturellen Werte und endet bei der Ablehnung unserer Gesellschaft insgesamt. Diese Menschen, die hier "gestrandet" sind, werden niemals gleich-geachtete Bürger in unserem Land sein, sondern lebenslang Ausländer bleiben. Verschließen Sie nicht den Blick vor der Realität. Ich kenne persönlich nur zwei bis drei dieser Jugendlichen (von etwa 40 insgesamt), denen bisher der erfolgreiche Zugang in unsere Gesellschaft gelungen ist. Und auch das nur, weil sich ein empathischer Rentner aufopferungsvoll um sie gekümmert hat. Eine absolute Ausnahme – sehr lobenswert, aber eben keine Lösung für das nach wie vor bestehende Gesamtproblem.

Matthias Weichelt, Freital

Falsche Zuwanderungspolitik

(E&W 11/2020, Seite 6 ff.: Schwerpunkt "Fachkräftemangel in Schule, Kita, Jugendhilfe und Hochschule")

Begriffe wie "Fachkräftemangel" und "alternde Bevölkerung" übertünchen seit Jahren in allen Berufsbereichen das tatsächliche Thema. Sie behindern die Diskussion von Lösungsansätzen.

Die nicht abgesprochene, aber aggregierte Entscheidung der einheimischen Bevölkerung führt seit 1972 – nun also in die dritte Generation gehend –, ausnahmslos jedes Jahr zu weniger Geburten als Sterbefällen. Viele familienförderliche Maßnahmen kinderreicher Familienministerinnen haben nichts bewirkt. In den vergangenen 20 Jahren ist – leicht vorhersehbar – die Zahl der Schulabgän-

gerinnen und -abgänger rasant gefallen. Gleichzeitig explodiert die Co-Finanzierung von Renten aus Steuergeldern – und trotzdem auch die Rentnerarmut.

Ein sensibler Günter Grass spürte all dieses 30 Jahre vor dem unsensiblen Thilo Sarrazin, als er 1980 "Kopfgeburten oder Die Deutschen sterben aus" publizierte. Deutschland mangelt es seit Jahrzehnten – freiwillig – an jungen Menschen. Chronisch schwaches Wirtschaftswachstum und fehlende Innovationskraft gehen damit einher. Die gesamte IT-Revolution der vergangenen 40 Jahre – Hardware, Software, Anwendungen – wurde ohne Deutschland entwickelt und strukturiert.

Eine potenziell kompensierende Zuwanderungspolitik hat Deutschland nicht. Unter den hiesigen 4,5 Millionen EU-Bürgern sind – in den Kategorien der Integrationsbeauftragten – die schwach qualifizierten Helfer die Mehrheit, während Experten, Spezialisten und Fach-

>>>





TOSKANA Urlaub im BIO-Weingut.

Ferienhäuser, FEWOs, Zimmer mit HP, großen Pool in wundersch. Landschaft und exzellenter toskanischer Küche. Ermäßigung für GEW-Mitglieder!

Tel./Fax 0039-571-408041 no info@aglioni.it, www.aglioni.it

anzeigen@stamm.de

Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers... mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289 www.alte-tischlerei-putbus.de

Ihre Anzeige in der E&W:

- Eine klare Zielgruppe erreichen
- Auflagenhöhe von über 30.000
- Zielgerichtet erfolgreich werben
 Attraktives Umfeld für Ihre Werbung

Kontaktieren Sie uns!

0201/84300-0 · anzeigen@stamm.de

www.schulorganisation.com

Dokumentation Organisation Rechtssicherheit

© 02521 29905-10

SCHULORGANISATION

Verlage Flöttmann & Langenkämper



Klassenfahrt 2021? Aber sicher!

Klassenfahrt gerettet!

Einzigartiges Corona Schutz- und Sicherheitspaket – nur bei schulfahrt.de!

Jetzt Angebot mit allen Infos online oder per Telefon anfordern!

Die besten Reiseziele für Schulen ohne Risiko buchen und mit uns sicher reisen!

Schulfahrt Touristik SFT GmbH Herrengasse 2 · 01744 Dippoldiswalde Tel.: 0 35 04/64 33-0

Alle aktuellen Reisen auf www.SChulfahrt.de

>>> kräfte selten kommen. Dieses gilt noch mehr für Zuwanderer aus Nicht-EU-Ländern, auch gerade seit 2015.

Eine Politik, die mit "Input" (verfügbare Menschen) begänne, statt aus allen Ecken nach nicht möglichem "Output" (Fachkräfte) zu rufen, ist überfällig, auch seitens der Gewerkschaften.

Thomas Martini, Hamburg

Erschreckend und bedrohlich

(E&W 11/2020, Seite 28 f: "Ein Virus und viele Fragezeichen")

Mit Besorgnis erleben wir täglich in den Schulen und überall, wo sich Menschen auf engem Raum versammeln, dass sich das Coronavirus weiter rapide ausbreitet. Das ist sehr erschreckend und bedrohlich. Es ist nicht möglich, Abstand zu halten, die Kinder sitzen im Unterricht dicht nebeneinander.

Die naheliegende Konsequenz, die Klassengröße zu halbieren, um somit Raum und mehr Abstand in den Klassen zu gewährleisten, wäre eine optimale unabdingbare Lösung, wie wir sie zu Beginn der Krise hatten. Die Klassen waren halb so groß, im Unterricht herrschte Friede, Freundlichkeit, es gab eine positive Haltung zueinander und miteinander. Schüler gingen wieder respektvoll und wahrnehmend miteinander um. Sie bedankten sich sogar für Dinge, die in Vergessenheit geraten waren. Bildung rückte viel mehr in den Vordergrund, wurde wieder spürbar. In Feedbacks von Schülern – sowohl in der Grundschule als auch in den weiterführenden Schulen bekam ich immer wieder die Antwort, dass diese es sehr genossen, in kleinen Klassen unterrichtet zu werden.

Besonders die Schülerinnen und Schüler, die langsamer lernen, aber auch Kinder mit Konzentrationsschwierigkeiten und besonderen Handicaps stellten für sich fest, dass sie dem Geschehen in der kleinen Klasse viel aufmerksamer folgen konnten. Alle Schüler profitierten davon. Wenn in kleineren Klassen unterrichtet wird, kann die Regierung zwei Dinge bewirken: die Reduzierung der Ansteckung durch das Coronavirus und gleichzeitig das bessere Lernen der Schülerinnen und Schüler. Mehr Lehrkräfte fallen aus. weil sie zur Risikogruppe gehören. Die Grippewelle beginnt. Es muss regelmäßig gelüftet werden in der kalten Jahreszeit, alles Bedingungen, die dem Lernen nicht förderlich sind.

Die GEW sollte sich für kleinere Klassen, eine Reduzierung der Unterrichtstunden (die Hälfte der Stunden in halb so großen Klassen ist wesentlich mehr wert als täglicher Unterricht in bestehender Klassengröße) sowie mehr individuelle Zuwendung bei den verantwortlichen Stellen einsetzen.

Mona Westermann-Simon und Pit Simon, Dortmund

Einseitige Sichtweise

(E&W 11/2020, Seite 38 f.: "Big Teacher übernimmt")

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist wie in dem Artikel zu Recht formuliert ein sehr hohes Gut. Viel mehr Argumente liefert Herr Füller in seinem sehr einseitigen Artikel gegen Office365 leider nicht. Auch jeder Schülerin und jedem Schüler bestmögliches Lernen sowie jeder Lehrerin und jedem Lehrer bestmögliches Arbeiten zu ermöglichen, halte ich für mindestens ebenso erstrebenswert. Daher sollte die Auswahl eines Lernmanagementsystems nicht allein auf das Kriterium der "Datensicherheit" reduziert werden. Funktionsumfang, Zuverlässigkeit, Bedienbarkeit usw. sollten unbedingt auch Kriterien bei der Auswahl sein. Selbst eingefleischte Open-Source-Anhänger müssen, wenn sie die Einfachheit der Bedienbarkeit der Google Suite for



Education in der Praxis erleben, zugeben, dass kein anderes System dem das Wasser reichen kann. Zuletzt habe ich erleben dürfen, wie Dritt- und

Viertklässler während des Lockdowns an der Deutschen Internationalen Schule Boston sich innerhalb kürzester Zeit in dem Learning Management System (LMS) von Google zurechtfinden konnten, obwohl sie vorher keinen Umgang mit diesem in der Schule hatten. Auch die beiden im Artikel erwähnten Lösungen nextcloud und Ionos sind in Punkto Bedienbarkeit, Integration und Leistungsumfang den Lösungen der großen Anbieter weit unterlegen.

Korrektur

Titelbild E&W 11/2020

Manche Defizite erschließen sich nicht auf den ersten Blick. Linguistisch geschulten Leserinnen und Lesern ist es dagegen sofort aufgefallen: Die auf dem Titelbild angegebene Lautschrift von Defizit ist falsch. Es muss ['de.fi.tsit] heißen und nicht [ˈde.fi.zit]. Letzteres würde transkribiert ein "Defisit" ergeben. Für dieses "Defisit", das auf ein Defizit unsererseits zurückzuführen ist, bitten wir um Entschuldigung und danken allen aufmerksamen Kolleginnen und Kollegen für ihre Hinweise.

Die Redaktion

Aus meiner Sicht muss daher der richtige Weg sein, daran zu arbeiten, wie man Datensicherheit in einem LMS von Google oder Microsoft erreichen kann, und nicht jahrelang auf Entwicklungen aus dem eigenen Bundesland zu warten und Millionen in jedem Bundesland in diese Entwicklungen zu investieren.

Matthias Radke, Offenburg

Pro Microsoft

In unserer Schule hat sich das Kollegium in einem Beschluss der Gesamtlehrerkonferenz Ende des vergangenen Schuljahrs für MS Office365 ausgesprochen – mit den Argumenten, die auch im Text referiert werden. Vielleicht gibt das ja dem einen Kollegen oder der anderen Kollegin ein wenig zu denken.

Michael Einfalt, Freiburg im Breisgau

Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion bittet darum,
die Leserbriefe mit einer maximalen
Textlänge von 2.000 Zeichen
(inklusive Leerzeichen) einzusenden.
Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe zu kürzen.
Anonym zugesandte Leserbriefe
werden nicht veröffentlicht.

Beschert immer wieder neue Perspektiven.



Exklusive
Angebote



Die Süddeutsche Zeitung im Weihnachtsangebot: Zum Verschenken oder Selberlesen!

& Gewinnen Sie einen
Design-Gutschein von MAGAZIN
im Wert von 100 €*

* Die Teilnahmebedingungen finden Sie unter sz.de/advent-ew Ein Aktionsangebot der Süddeutsche Zeitung GmbH Hultschiner Str. 8 • 81677 München
 Gedruckt
 3 Monate ab
 59,90 €

 Digital
 3 Monate ab
 30,00 €

Jetzt bestellen
sz.de/advent-ew 🌣
089/21839927 🔇

Süddeutsche Zeitung Mut entscheidet.

